

transdisziplinäre
sicherheitsstrategien für polizei,
wohnungsunternehmen
und kommunen



Sicherheit im Wohnumfeld

- **Auswertung der
Befragung zum
Sicherheitsempfinden
im Wohnumfeld**



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

TRANSIT – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen

Der hier vorliegende Bericht ist in einer Reihe weiterer Berichte entstanden und stellt ein Teilergebnis des Forschungsprojektes transit dar, das in der Zeit von 2013-2016 im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ im Themenfeld „Urbane Sicherheit“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Das Projekt wurde in einem Forschungsverbund unter der Federführung der Kriminologischen Forschung und Statistik des Landeskriminalamts Niedersachsen gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin und unter Mitwirkung von F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH in Hamburg durchgeführt.

Die Ausrichtung des Projekts konzentrierte sich auf Fragen der Kriminalprävention und (Alltags-)Sicherheit in der Stadt und hatte dabei besonders die Qualität des Wohnumfeldes und die nachbarschaftliche Perspektive im Fokus. Ziel des Projektes transit war es, transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für die zentralen Akteure Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft zu schaffen und sie so aufzuarbeiten, dass sie in die Alltagsorganisation und in das Alltagshandeln der einzelnen Beteiligten eingebettet werden können.

Für eine nachhaltige Verankerung war es schon während der Projektlaufzeit besonders wichtig, theoretisch erarbeitete Erkenntnisse auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen. Daher wurde die Anwendbarkeit der Erkenntnisse in drei Fallstudienstädten erprobt und konnte im Anschluss direkt an die Bedarfe angepasst werden. Die erarbeiteten Sicherheitsstrategien für Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft wurden in einer Handreichung so aufbereitet, dass sie auch in anderen Kommunen in die tägliche Sicherheitspraxis einfließen können (www.transit-online.info).

Um transdisziplinäre Ergebnisse zu erzielen, hat das Projektteam einen multidimensionalen Forschungsansatz gewählt. Dazu war ein Methodenmix aus quantitativen und qualitativen Instrumenten erforderlich. Um die Komplexität der Ansätze nachvollziehbar zu halten, aber auch um Interessierten einen schnellen Zugang zu den Teilergebnissen des Projekts zu ermöglichen, haben wir uns entschlossen, die Ergebnisse der einzelnen methodischen Schritte jeweils als gesonderte Broschüren zu veröffentlichen, so dass der Projektprozess auch für Außenstehende nachvollzogen werden kann. Die Teilergebnisse sind sowohl als einzelne Broschüren nutzbar, der ganzheitliche Ansatz des Forschungsprojektes wird jedoch erst in ihrer Gesamtheit sichtbar.

Folgende Broschüren sind verfügbar:

1. Theoretische Grundlagen der Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld
2. Glossar „Sicherheit im Wohnumfeld“
3. Ergebnisse des ersten Fallstudien-Workshops
4. Kleinräumige Kriminalitätslagebilder für die Fallstudienstädte (nicht öffentlich verfügbar)
5. Auswertungen der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld
6. Ergebnisse der Befragung von Wohnungsunternehmen zu sicherheitsrelevanten Themen
7. Dokumentation der Begehungen und Beobachtungen
8. Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten
9. Ergebnisse des zweiten Fallstudien-Workshops
10. Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in Braunschweig, Emden und Lüneburg

Neben den Broschüren wurde zudem eine Handreichung für eine verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitsakteure Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft erarbeitet. Alle Produkte stehen auch online auf der Homepage www.transit-online.info zur Verfügung.

Auswertungen der Befragung zum Sicherheitsempfinden im Wohnumfeld

Gliederung

1. Ausgangssituation	1
2. Befragungsmethode	2
2.1 Rücklauf	3
2.2 Datenauswertung und Darstellung der Befunde	5
3. Beschreibung der Stichprobe – Soziodemografische Merkmale	6
3.1 Alter, Geschlecht und Migrationserfahrung	6
3.2 Bildungsabschluss	6
3.3 Haushaltszusammensetzung und Wohnungsgrößen	7
3.4 Wohndauer	9
3.5 Erwerbstätigkeit und Einkommen	9
3.6 Einschätzungen des Lebensstandards	12
3.7 Infrastrukturelle Angebote	14
4. Kriminalitätseinstellung	14
4.1 Raumbezogenes Sicherheitsgefühl	16
4.2 Affektive Komponente der Kriminalitätseinstellung	18
4.3 Kognitiver Komponente der Kriminalitätseinstellung	20
4.4 Konativer Komponente der Kriminalitätseinstellung / Vermeidungsverhalten	21
5. Sicherheit in Nachbarschaft und Wohnumfeld	23
5.1 Identifikation mit dem Stadtteil	23
5.2 Einfluss der Nachbarschaftsintensität und der Qualität des Wohnumfeldes auf das Sicherheitsempfinden	27
6. Probleme im Stadtgebiet und Lösungsvorschläge	29
6.1 Identifizierte Probleme im Stadtgebiet	29
6.2 Lösungsvorschläge	30
7. Institutionelle Zuständigkeiten	32
8. Angsträume / Unsicherheit erzeugende Orte	34
9. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse	38
10. Literatur	40

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abb. 1:	Bildungsabschluss	7
Abb. 2:	Miete / Eigentum	8
Abb. 3:	Haushaltsgröße	9
Abb. 4:	Einkommen	12
Abb. 5:	Lebensstandard der Menschen im Stadtteil	13
Abb. 6:	Eigener Lebensstandard	13
Abb. 7:	Affektive (emotionale) Kriminalitätsfurcht, Mittelwert	18
Abb. 8:	Affektive Kriminalitätsfurcht, deliktische Differenzierung	19
Abb. 9:	Kognitive (verstandsbezogene) Komponente der Kriminalitätseinstellung	20
Abb. 10:	Kognitive Komponente der Kriminalitätseinstellung	21
Abb. 11:	Schutz vor Kriminalität	22
Abb. 12:	Probleme im Stadtgebiet	30
Abb. 13:	Lösungsvorschläge	31
Abb. 14:	Unsicherheit erzeugende Orte	34
Abb. 15:	Abstrakte Orte	35

Tabellen

Tab. 1:	Rücklaufquoten / Anteil an Stichprobe	3
Tab. 2:	Altersverteilung der Bevölkerung in den Stadtteilen und im Rücklauf	4
Tab. 3:	Verteilung nach Alter, Geschlecht und Migrationserfahrung	6
Tab. 4:	Erwerbstätigkeit	10
Tab. 5:	Arbeitszeit	11
Tab. 6:	Raumbezogenes Sicherheitsgefühl	17
Tab. 7:	Modell zur Erklärung der Identifikation mit dem Stadtteil	25
Tab. 8:	Ehrenamtliches Engagement	27
Tab. 9:	Einfluss der Nachbarschaftsintensität und der Qualität des Wohnumfeldes auf das Sicherheitsempfinden bei Tag und bei Dunkelheit	28
Tab. 10:	Institutionelle Zuständigkeiten	33
Tab. 11:	Gründe der Verunsicherung nach Häufigkeit der Nennungen	36

1. Ausgangssituation

Im Rahmen des Forschungsprojektes transit wurde im Arbeitspaket 4 eine quantitative Bevölkerungsbefragung in den drei ausgewählten niedersächsischen Fallstudienstädten Braunschweig-Weststadt, Emden-Barenburg und Lüneburg-Mittelfeld durchgeführt. Ziel war die Erfassung des Sicherheitsgefühls und der Kriminalitätsfurcht, des Vermeidungsverhaltens bei Unsicherheit im öffentlichen Raum sowie die Wahrnehmung von Problemlagen im Stadtteil und der Bewertung geeigneter Lösungsvorschläge für die Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil. Weiterhin wurden die Bürgerinnen und Bürger nach konkreten Angsträumen in ihrem Stadtteil und in ihrer Stadt befragt. Diese Form der Bevölkerungsbefragung wurde gewählt, da sich in der offiziellen Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) zwar Angaben zu „Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität abbilden¹ (vgl. LKA 2013:4), sich diese wichtige Quelle jedoch nicht eignet, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung zu erfassen.

AUSGANGS-
SITUATION

Grundlage für die Entwicklung des Fragebogens waren Erhebungsinstrumente verschiedener nationaler und internationaler Studien. Diese wurden als Vorlagen herangezogen und auf die spezifische Fragestellung angepasst. Von Bedeutung waren vor allem Studien, die bereits getestete Skalen aufwiesen, dazu gehören:

- Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 1. Welle 2013, Landeskriminalamt Niedersachsen 2013
- EU Projekt Planning urban Security -PluS, Landeskriminalamt Niedersachsen 2011
- Bürgerbefragung in Sarstedt, Landeskriminalamt Niedersachsen, 2008
- Insecurities in European Cities, Institut für Kriminalwissenschaften, Universität Hamburg, 2002
- Kriminologische Regionalanalyse Osnabrück, FG Geographie Universität Osnabrück 2003
- Sicherheit in Deutschland, Fakultät für Verwaltungswissenschaften, Universität Konstanz 1999
- HAKUS, Heidelberger Audit-Konzept für urbane Sicherheit, Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg 1998

¹ In der PKS werden nur die Straftaten abgebildet, die von den Bürgerinnen und Bürgern zur Anzeige gebracht werden

2. Befragungsmethode

Die Datenerhebung erfolgte mit der anonymen Paper-Pencil-Methode. Neben der persönlich-mündlichen ist die schriftlich-postalische Befragung eine bewährte Erhebungsmethode, die auch im digitalen Zeitalter viele Vorteile bringt (Paier 2010: 96). So können zahlreiche Teilnehmende gleichzeitig befragt werden und ihnen kann, anders als bei anderen Erhebungsmethoden, eine hohe Anonymität zugesichert werden. Darüber hinaus wird das Antwortverhalten der Probandinnen und Probanden nicht durch den Interviewenden beeinflusst, sodass kaum Verzerrungen durch diesen entstehen. Außerdem ist der Organisations- und Verwaltungsaufwand bei schriftlich-postalischen Befragungen relativ gering und verhältnismäßig kostengünstig. Zudem können die Teilnehmenden frei entscheiden, wann sie den Fragebogen beantworten wollen (LKA Niedersachsen 2015: 22). Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass es keine Garantie dafür gibt, dass der Fragebogen eigenständig und ohne fremden Einfluss (*suo arbitrio*) ausgefüllt wird.

Für die Auswahl der Befragten in der hier durchgeführten Umfrage wurden Adressen über die Einwohnermeldeämter der ausgewählten Kommunen angefordert. Die Daten wurden vertraulich behandelt und nur für den Zweck der Umfrage und deren Auswertung verwendet. Um die Vertraulichkeit zu gewährleisten, wurde im Vorfeld ein Datenschutzkonzept entwickelt.

BEFRAGUNGS- METHODE

In jedem Fallstudienort wurden je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner mit einer reinen Zufallsstichprobe gezogen. Die Befragten mussten mindestens 16 Jahre alt sein und ihren Hauptwohnsitz in den für die Studie relevanten Stadtteilen haben (Stichtag war der 30. Juni 2014). Ausgenommen waren Personen mit Auskunftsperre gem. §35 Abs. 2 und 3 NMG.

Der Fragebogen umfasste 14 Seiten und 36 meist geschlossene Fragen. Neben sozio-ökonomischen Angaben wie Alter, Geschlecht, Bildung, Migration und Einkommensgruppen wurden dabei auch Fragen zur Haushalts- und Wohnsituation gestellt. Auf Grundlage vorheriger Befragungen konnte auf getestete Skalen in den Bereichen „Qualität des Wohnumfeldes“ und „Intensität in der Wohnnachbarschaft“ und auf bewährte Formulierungen zurückgegriffen werden. Damit konnten auch Fragen sowohl zur emotional-affektiven, kognitiven (verstandsbezogen) und konativen (verhaltensbezogen) Kriminalitätseinstellung als auch zu Problem- und Lösungsansätzen gestellt werden. Zu den Bereichen „Verantwortungszuschreibung“ und „unsichere Orte und Angsträume“ wurden im Wesentlichen offene Fragen gestellt. Gemeinsam mit den Verbundpartnern und der HafenCity Universität Hamburg wurde der Fragebogen in einem Pretest auf Anwendbarkeit, Verständlichkeit und Logik geprüft und entsprechend angepasst. Nach Fertigstellung eines maschinenlesbaren Fragebogens erfolgte dann der Versand der Fragebögen. In einem Begleitschreiben bat der Präsident des Landeskriminalamt Niedersachsen im September 2014 die Empfängerinnen und Empfänger

um Unterstützung bei der Befragung. Der Befragungszeitraum betrug vier Wochen, nach der Hälfte der Zeit wurde ein Erinnerungsschreiben mit der erneuten Bitte um Teilnahme versandt. Begleitet wurde die Befragung durch Ankündigungen in der örtlichen Presse, auch Lokalradiosender wiesen auf das Projekt und die Befragung hin. Die Befragten konnten sich einerseits auf der Homepage des transit-Projekts über Inhalte des Projektes und die Befragung informieren, zudem wurde für den Befragungszeitraum eine Hotline beim LKA eingerichtet. Diese wurde insbesondere in Bezug auf Fragen der wahrheitsgemäßen Durchführung, Pflichtbefragung und zu alters- oder sprachbedingten Absagen genutzt.

Der Fragebogen wurde mit einem an das LKA rückadressierten Freiumschlag versehen. Die Rückläufe wurden im LKA auf mögliche „Beipost“ hin gesichtet² und anschließend sukzessive an den Unterauftragnehmer zum Einlesen der Fragebögen weitergeleitet. Nach dem Einlesen wurde ein gelabelter Datensatz zurückgeschickt, der im Weiteren unter Anwendung des Auswertungsprogramms SPSS ausgewertet werden konnte.

2.1 Rücklauf

881 der 3.000 angeschriebenen Personen sandten einen ausgefüllten und auswertbaren Fragebogen zurück. Der höchste Rücklauf konnte in Lüneburg-Mittelfeld erreicht werden, der geringste in Emden-Barenburg. Entsprechend stellen Antwortende aus Lüneburg-Mittelfeld auch den höchsten, aus Emden-Barenburg der geringsten Anteil an der Stichprobe.

RÜCKLAUF

Tab. 1: Rücklaufquoten / Anteil an Stichprobe

	Rücklauf	Rücklaufquote	Anteil an Stichprobe
Braunschweig-Weststadt	279	27,9 %	31,7 %
Emden-Barenburg	241	24,1 %	27,4 %
Lüneburg-Mittelfeld	361	36,1 %	41,0 %

² Aufgrund des Legalitätsprinzips kann es in Befragungen mit einem offiziellen Polizeiabsender zu so genannter „Beipost“ kommen, d.h. Bürgerinnen und Bürger nutzen die Gelegenheit der Kontaktaufnahme und legen Beschwerdebriefe oder auch Strafanzeigen bei. Diese Mitteilungen müssen in der Behörde gesichtet, eingeschätzt und bei Bedarf weitergeleitet werden.

Postalischen Befragungen hängt oftmals der Makel einer sehr geringen Rücklaufquote an, besonders wenn es sich, wie im vorliegenden Fall, um allgemeine Bevölkerungsbefragungen handelt (Porst 1996: 11 ff.). Innerhalb dieses Rücklaufs ist die altersbedingte Repräsentativität in Emden-Barenburg und Braunschweig-Weststadt nicht gegeben, auch die Ergebnisse in Lüneburg-Mittelfeld weisen die gleiche Tendenz auf.

Tab. 2: Altersverteilung der Bevölkerung in den Stadtteilen und im Rücklauf

	Braunschweig-Weststadt		Emden-Barenburg		Lüneburg-Mittelfeld	
	Anteil im Stadtteil	Rücklauf	Anteil im Stadtteil	Rücklauf	Anteil im Stadtteil	Rücklauf
16 bis unter 21 Jahre	5,4 %	1,8 %	6,2 %	3,4 %	9,3 %	3,4 %
21 bis unter 40 Jahre	27,0 %	16,0 %	31,4 %	18,0 %	35,5 %	21,8 %
40 bis unter 60 Jahre	29,6 %	31,6 %	31,2 %	31,8 %	30,7 %	39,1 %
60 bis unter 80 Jahre	29,5 %	42,9 %	24,1 %	41,2 %	20,9 %	27,9 %
80 Jahre und älter	8,5 %	7,6 %	7,1 %	5,6 %	3,6 %	7,8 %
n		275		233		358

REPRÄSENTATIVITÄT

Ein Vergleich der Anteile verschiedener Altersgruppen im Rücklauf und in der Grundgesamtheit der drei Fallstudienorte offenbart, dass jüngere Altersgruppen unter- und ältere Altersgruppen überrepräsentiert sind. Dies gilt in Braunschweig-Weststadt, Emden-Barenburg und abgeschwächt auch in Lüneburg-Mittelfeld. Dieser Umstand ist für schriftliche Befragungen üblich, hat aber die Konsequenz, dass die in diesem Text getroffenen Aussagen nicht repräsentativ für die jeweiligen Fallstudienorte nach Alter sind. Dies gilt insbesondere, da das primäre Erkenntnisinteresse der hier vorgestellten Befragung auf Inhalte abzielt, die einem starken Alterseinfluss unterliegen.

2.2 Datenauswertung und Darstellung der Befunde

Die Auswertung der Daten erfolgte mit dem Programm IBM SPSS Statistics 19. Die Ergebnisse sind beschreibend dargestellt (Häufigkeiten, Kreuztabellen, Grafiken). Andere Auswertemethoden boten sich in aller Regel nicht an, da die Daten nicht die Voraussetzungen für komplexere statistische Analysen erfüllten.

Tabellarisch ausgewiesen sind zumeist Prozentwerte oder Mittelwerte in einer Gegenüberstellung der Fallstudienstädte. Aufgrund der Unterschiedlichkeit in den Ausgangssituationen und der verschiedenen Rahmenbedingungen in den Fallstudienstädten erfolgt bewusst kein Vergleich einzelnen Betrachtungsgebiete untereinander sondern eine Beschreibung der jeweiligen Situationen. Zur übersichtlichen Darstellung von Ergebnissen und Erläuterungen werden die Angaben zwar nebeneinander abgebildet und auch gleichzeitig erklärt, dies beinhaltet aber keine Wertung. Eine Detaillierung auf bestimmte soziodemografische oder -ökonomische Merkmale ist dabei oftmals nicht möglich, da aufgrund der Stichprobengrößen der einzelnen Fallstudien einzelne Gruppen zu gering besetzt sind, um belastbare statistische Aussagen zu treffen.

Um eine größere Anzahl von Variablen auf eine kleine Zahl an Einflussgrößen zu reduzieren, wurde eine Faktorenanalyse der im Fragebogen enthaltenen Itemskalen, z.B. zur Identifikation und zur Nachbarschaftsintensität und Qualität des Wohnumfeldes gebildet. Zur Prüfung der internen Konsistenz wurde die Skala mittels des Reliabilitätskoeffizienten Cronbachs Alpha beurteilt, um zu ermitteln, in welchem Umfang die einzelnen Items auf eine Skala laden und unbrauchbare Items von den weiteren Analysen auszuschließen. (vgl. Bortz / Döring 200: 198).

DATENAUSWERTUNG

3. Beschreibung der Stichprobe – Soziodemografische Merkmale

3.1 Alter, Geschlecht und Migrationserfahrung

In allen drei Städten antworteten mehr Frauen als Männer. Das Durchschnittsalter betrug insgesamt 54,7 Jahre. Die Gruppe der Antwortenden in Lüneburg-Mittelfeld ist mit 52,3 Jahren die jüngste, gefolgt von Emden-Barenburg mit 55,0 Jahren und Braunschweig-Weststadt mit 57,6 Jahren.

Tab. 3: Verteilung nach Alter, Geschlecht und Migrationserfahrung

	Braunschweig- Weststadt	Emden- Barenburg	Lüneburg- Mittelfeld
Frauen	55,2 %	53,9 %	55,7 %
Männer	44,8 %	46,1 %	44,3 %
16 bis unter 21 Jahre	1,8 %	3,4 %	3,4 %
21 bis unter 40 Jahre	16,0 %	18,0 %	21,8 %
40 bis unter 60 Jahre	31,6 %	31,8 %	39,1 %
60 bis unter 80 Jahre	42,9 %	41,2 %	27,9 %
80 Jahre und älter	7,6 %	5,6 %	7,8 %
n	275	233	358

Der Migrationshintergrund wurde über eigene Migrationserfahrungen bzw. die eines Elternteils erfasst. Sobald der oder die Befragte, der Vater oder die Mutter im Ausland geboren wurde, wurde ein Migrationshintergrund angenommen. Der Anteil von Personen mit diesem Status liegt in der Braunschweiger Weststadt bei 36,0 %. In Emden-Barenburg und Lüneburg-Mittelfeld beträgt er 17,6 % bzw. 14,5 %.

3.2 Bildungsabschluss

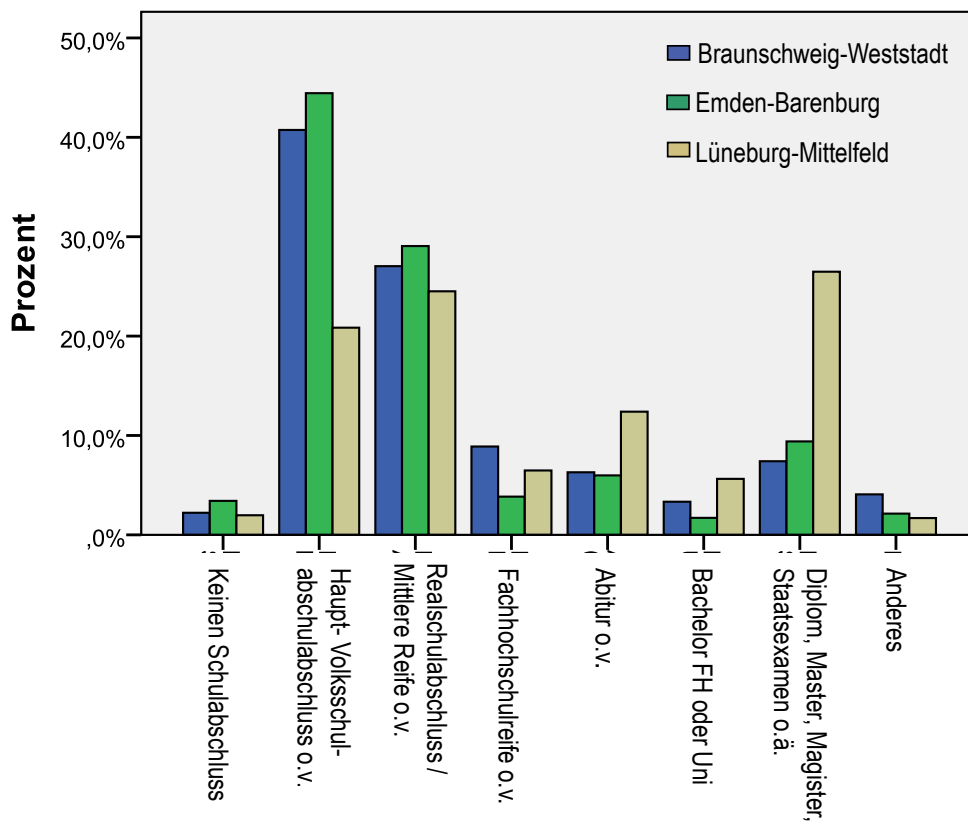
Hinsichtlich der formalen Bildung besitzen die Befragten in Lüneburg-Mittelfeld einen hohen Bildungsabschluss. 26,5 % haben einen Hochschulabschluss. Der Anteil der Hochschulabschlüsse liegt in Emden-Barenburg und der Braunschweiger Weststadt bei unter 10 %, hingegen ist der Anteil von Hauptschulabsolventinnen und -absolventen mit Werten von über 40 % höher in Emden-Barenburg bzw. Braunschweig-Weststadt.

ALTER, GESCHLECHT
UND MIGRATION

BILDUNGS-
ABSCHLUSS

Abb. 1: Bildungsabschluss

„Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie?“



3.3 Haushaltszusammensetzung und Wohnungsgrößen

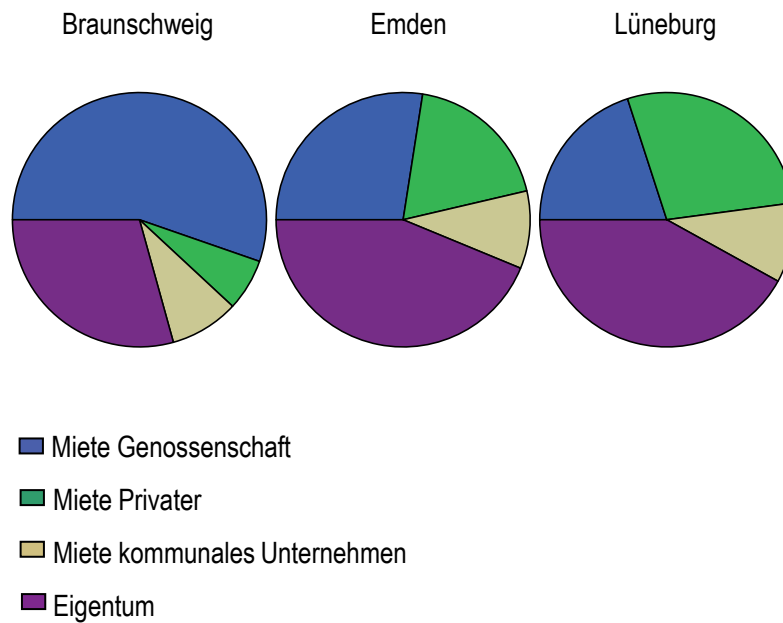
Die Mehrheit der antwortenden Bewohnerinnen und Bewohner in Lüneburg-Mittelfeld und Emden-Barenburg lebt in Einfamilienhäusern (knapp ein Fünftel) oder Zweifamilien-/Reihenhäusern (knapp unter einem Drittel). Weniger als die Hälfte lebt in Mehrfamilienhäusern. In der Braunschweiger Weststadt gaben 80,7 % an, in Mehrfamilienhäusern zu leben; diese haben ferner mehr Mietparteien als in Lüneburg-Mittelfeld oder Emden-Barenburg (im Median acht statt sechs).

Die Eigentumsquote ist in Lüneburg-Mittelfeld und Emden-Barenburg deutlich höher. Während hier 42,0 % bzw. 43,8 % in ihrem selbstgenutzten Eigentum leben, sind es in Braunschweig-Weststadt nur 29,3 %. In der Weststadt von Braunschweig sind viele Wohnungen im Besitz von Genossenschaften, was einen hohen Anteil von Personen, die ein Mietverhältnis mit einer Genossenschaft eingegangen sind, zur Folge hat.

WOHNSTATUS

Abb. 2: Miethaushalte / selbstgenutztes Eigentum

„Wohnen Sie zur Miete oder in Ihrem Eigentum?“

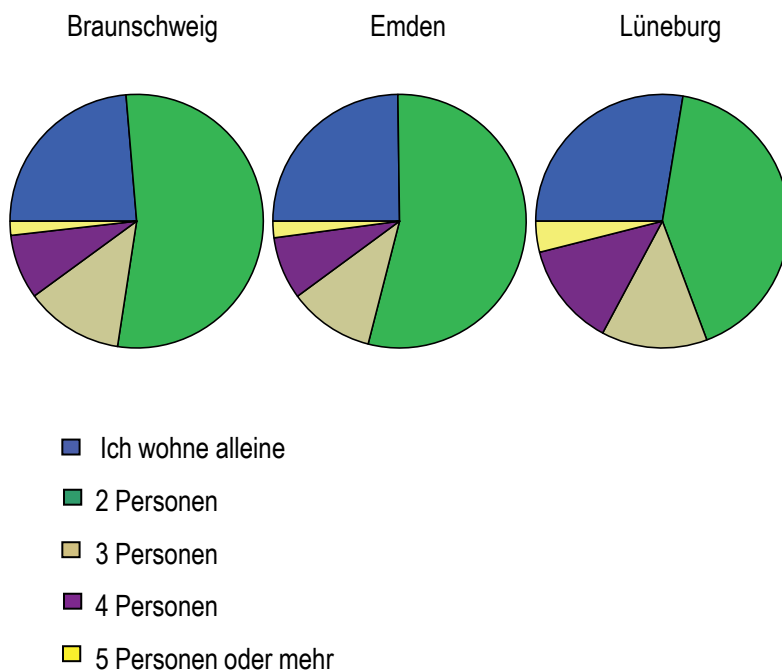


WOHNSTATUS

Die Zahl der Personen, die im Haushalt der Befragten leben, ist ähnlich. Auffälligster Unterschied ist, dass es in Lüneburg-Mittelfeld weniger Zweipersonenhaushalte gibt, dafür aber einen größeren Anteil von Haushalten mit vier und mehr Personen. Mit diesem Befund korrespondiert entsprechend, dass in Lüneburg-Mittelfeld in knapp einem Viertel der Haushalte (24,6 %) Kinder leben, in Emden-Barenburg und Braunschweig-Weststadt sind es dagegen nur 17,6 % bzw. 16,2 %.

Abb. 3: Haushaltsgröße

„Wie viele Personen wohnen in ihrem Haushalt?“



3.4 Wohndauer

Die Fluktuation der Bewohnerschaft in allen drei Stadtteilen ist gering. Jeweils an die 90 % wohnen länger als ein Jahr in den Gebieten. Die durchschnittliche Wohndauer liegt zwischen 16-24 Jahren. In Emden-Barenburg liegt sie bei 23,9 Jahren, in der Braunschweiger-Weststadt bei 22,7 Jahren. In Lüneburg-Mittelfeld wohnen die Menschen durchschnittlich 16,0 Jahre in ihrem Stadtteil.

WOHNDAUER

3.5 Erwerbstätigkeit und Einkommen

Während in Braunschweig-Weststadt und Emden-Barenburg Ruheständige die anteilig größte und abhängig Beschäftigte die zweitgrößte Gruppe unter den Befragten stellen, ist diese Reihenfolge in Lüneburg-Mittelfeld umgedreht. Bemerkenswert ist ferner der vergleichsweise hohe Anteil von nicht erwerbstätigen Personen, Empfängerinnen und Empfängern staatlicher Transferleistungen und geringfügig Beschäftigten in Emden-Barenburg (zusammen 19,4 %).

ERWERBSTÄTIGKEIT

Tab. 4: Erwerbstätigkeit

<i>Mehrfachnennungen möglich</i>	Braunschweig- Weststadt	Emden- Barenburg	Lüneburg- Mittelfeld
Rentner/in / Pensionär/in	34,9 %	28,1 %	24,1 %
Arbeiter / in, Angestellte/r Beamter / Beam- tin	24,0 %	24,6 %	35,3 %
Hausfrau / Hausmann	13,4 %	11,5 %	7,7 %
nicht erwerbstätig	6,5 %	7,4 %	6,6 %
Empfängerin / Empfänger von staatlicher Transferleistung (z.B. ALG, Harz IV, Grund- sicherung)	3,8 %	5,7 %	3,4 %
Student / Studentin	3,0 %	0,9 %	3,8 %
selbständig / freiberuflich tätig	2,5 %	2,6 %	6,6 %
geringfügig beschäftigt (450-Euro Basis)	2,2 %	6,3 %	3,6 %
Sonstiges	9,8 %	12,9 %	8,8 %
Nennungen	367	349	468

Die Antworten zur Erwerbstätigkeit und deren Intensität korrespondiert mit der Frage nach Alter, Bildungsabschlüssen und beruflichem Status der Befragten. Die relativ jungen und gut ausgebildeten Menschen in Lüneburg-Mittelfeld sind häufig erwerbstätig, dies zudem mit einem großen Zeiteinsatz. Der Anteil der Hausfrauen /Hausmänner ist in Lüneburg-Mittelfeld gering (7,7 %). Betrachtet man diesen Umstand mit den Haushaltsgrößen und dem Bildungsstand, so liegt die Vermutung nahe, dass es sich hier um andere Lebensformen handelt als die der traditionellen Ernährermodelle (vgl. Leitner 2004).

Ein direkter Vergleich der Anteilswerte der vor- mit denen der nachstehenden Tabelle ist nicht möglich, da erstere die Möglichkeit von Mehrfachnennungen umfasste, das heißt der berufliche Status konnte durch das Ankreuzen mehrerer Alternativen geschildert werden. Dennoch stimmen die Werte in beiden Tabellen recht gut überein, wenn in der obigen Tabelle die Werte für Rentnerinnen und Rentner, Hausfrauen und -männer, Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Leistungen, Studierenden und jenen Personen, die sich als nicht erwerbstätig beschrieben, addiert.

Die Mehrheit der erwerbstätigen Befragten geben an, ihre Beschäftigung im eigenen Stadtteil nachzugehen. Dies ist überraschend, da in den Stadtteilen eine starke Trennung von Wohnen und Arbeiten zu erkennen ist. Möglicherweise wurde die Abgrenzung des Stadtteils von den Befragten weiträumiger definiert als in der Befragung angegeben. Nur jeweils um die 40 % gaben an, nie im Stadtteil arbeiten zu gehen, mithin liegt die Arbeitsstelle also außerhalb davon.

ARBEITSZEIT

Tab. 5: Arbeitszeit

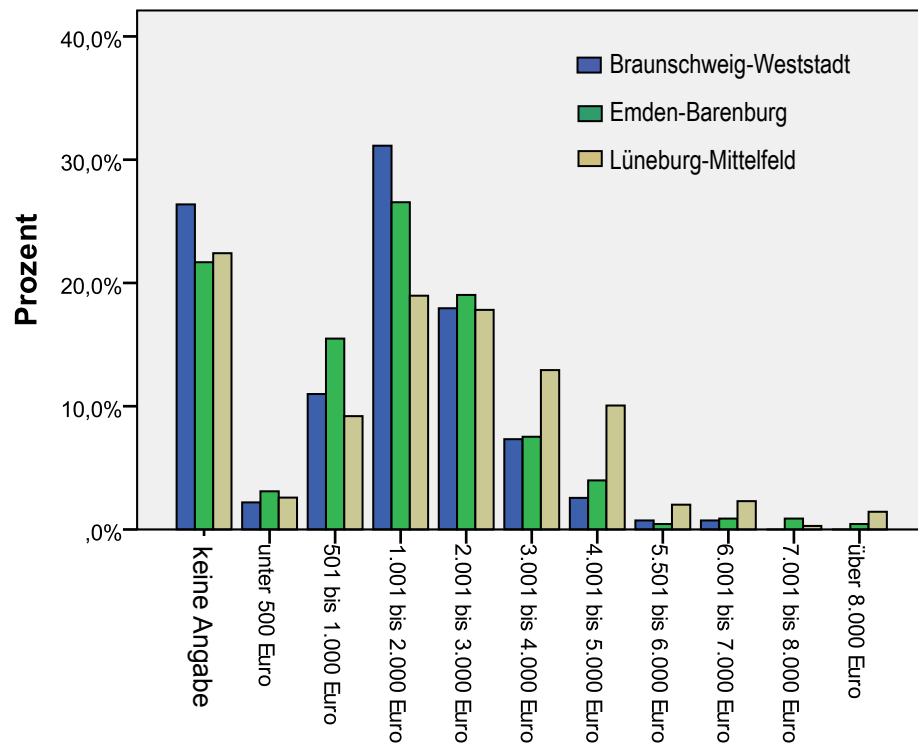
	Braunschweig- Weststadt	Emden- Barenburg	Lüneburg- Mittelfeld
Vollzeit (38h+)	19,4 %	23,5 %	35,8 %
Teilzeit (20h-37h)	10,8 %	13,7 %	15,3 %
Teilzeit (1h-19h)	6,3 %	7,7 %	6,3 %
nicht erwerbstätig	63,4 %	55,1 %	42,6 %
n	268	234	352

EINKOMMEN

Die Haushalte in Lüneburg-Mittelfeld gehören eher höheren Einkommensklassen an. Dort kommen monatliche Haushaltsnettoeinkünfte von 3.000 Euro und mehr häufig vor. Allerdings sind die Haushalte in Lüneburg-Mittelfeld größer, sodass gegebenenfalls weitere Personen zum Haushaltseinkommen beitragen könnten oder durch das Leben von Kindern im Haushalt eine Erhöhung des Einkommens des Haushalts über Kindergeld nach sich ziehen könnte.

Abb.4: Einkommen

„Zu welcher Einkommensgruppe gehört Ihr Haushalt?“



3.6 Einschätzung des Lebensstandards

Der Zusammenhang der Einschätzung des eigenen Lebensstandards mit dem der Menschen im Stadtteil gibt Indizien für die eigene Zufriedenheit und hat Einfluss auf das persönliche Sicherheitsgefühl. „Geht es beispielsweise des eigenen Nachbarn deutlich besser als einem selbst, führt dies zu Unzufriedenheit“ (Schöneck / Mau / Schupp 2011:2). Auf die Fragen „Wie hoch schätzen Sie den Lebensstandard der Menschen in ihrem Stadtteil ein?“ und „Wie hoch schätzen Sie Ihren eigenen Lebensstandard ein“, konnten die Befragten in einer Sechserkala einen Wert von sehr hoch bis sehr niedrig angeben. Hier sieht nahezu die Hälfte aller Befragten in allen drei Untersuchungsgebieten den eigenen Lebensstandard als „eher hoch“ an, Unterschiede in den Bewertungen gibt es kaum. Dies ändert sich, wenn um eine Einschätzung des Lebensstandards im Stadtteil insgesamt gebeten wird. Hier zeigt sich, dass vor allem in Emden-Barenburg, aber auch in Braunschweig-Weststadt der Lebensstandard insgesamt schlechter gesehen wird als der eigene, in Lüneburg-Mittelfeld gleicht sich die Einschätzung annähernd an,

LEBENSSTANDARD

Abb. 5: Lebensstandard der Menschen im Stadtteil

„Wie hoch schätzen Sie den Lebensstandard der Menschen in Ihrem Stadtteil ein?“

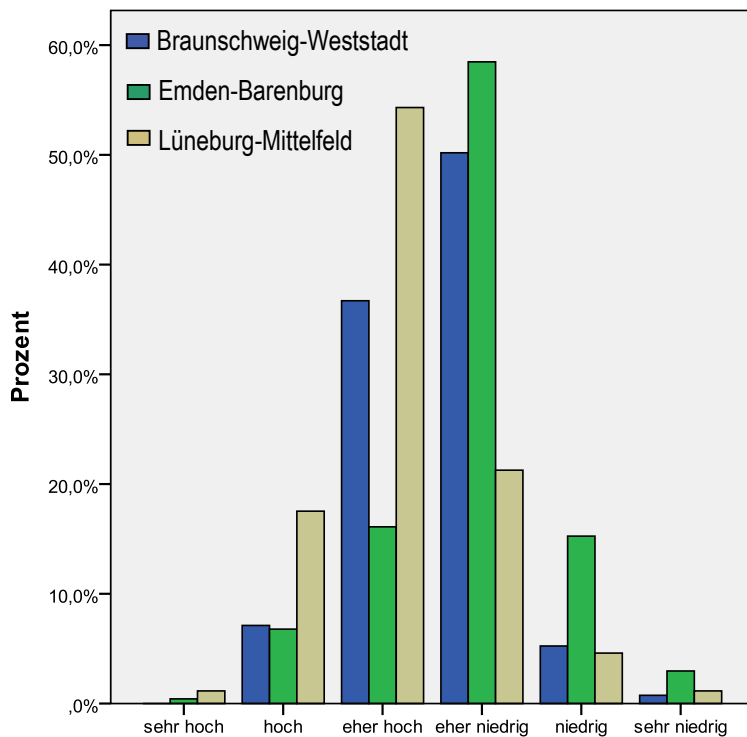
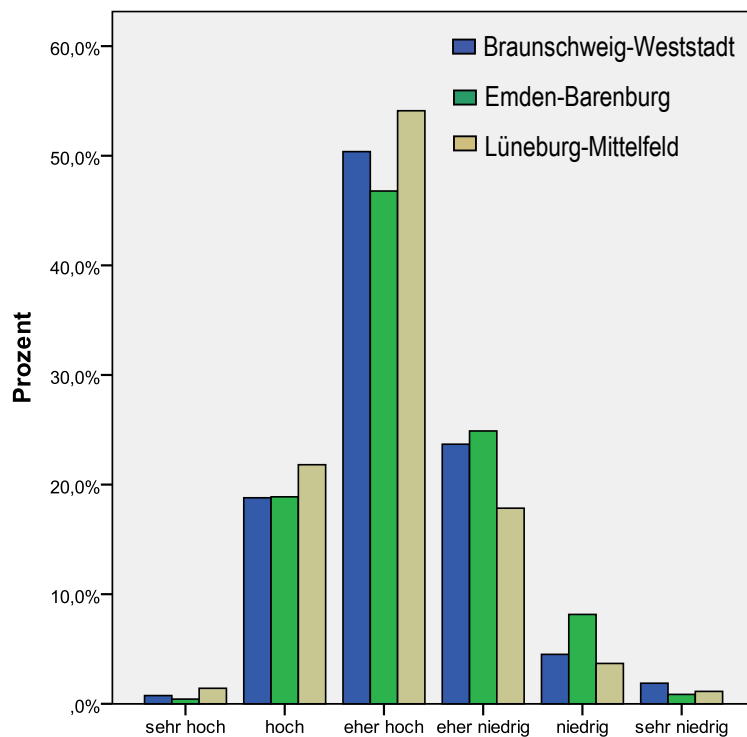


Abb. 6: Eigener Lebensstandard

„Wie hoch schätzen Sie Ihren eigenen Lebensstandard ein?“



3.7 Infrastrukturelle Angebote

Die infrastrukturellen Angebote im Stadtteil werden durch die Befragten in den einzelnen Untersuchungsgebieten recht ähnlich genutzt, die Intensität ist jedoch stark davon abhängig, ob und in welcher Zahl die Angebote existieren. Dinge des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel und Drogerieartikel, können von der überwiegenden Zahl der Befragten vor Ort erworben werden. Andere Erledigungen, die in der Frage beispielhaft mit Arztbesuchen, Behördengängen oder Besuchen der Post beschrieben wurden, werden nachvollziehbarerweise seltener durchgeführt, aber auch hier geben 90 % und mehr an, dies im eigenen Stadtteil zu tun.

Auffallend ist, dass Plätze und Parks durch Befragte aus Emden-Barenburg wenig genutzt werden; 40 % der Befragten geben an, solche Orte nie zu nutzen. In Lüneburg-Mittelfeld und Braunschweig-Weststadt liegt der Anteil bei ca. 20 %. In Lüneburg-Mittelfeld gehen die Menschen häufig abends aus, was wohl primär auf das geringere Durchschnittsalter zurückzuführen sein dürfte.

4. Kriminalitätseinstellungen

Das Konstrukt der Kriminalitätseinstellung setzt sich zusammen aus der Kriminalitätsfurcht, die sich auf die Wahrnehmung bestimmter situationsabhängiger delinquenter Verhaltensweisen bezieht, die als persönliche Bedrohung empfunden wird (Risikoeinstellung) und der das potentielle Opfer mit konkreten Schutz- und Vermeidungsverhalten begegnen könnte. Die Kriminalitätsfurcht ist dabei „ein Aspekt von Einstellungen in Bezug auf Kriminalität“ (Bals 2004: 55) und ist somit eine Ausprägung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Kriminalitätsfurcht enthält unterschiedliche Arten von Furcht, wie beispielsweise die Furcht vor körperlichen Schaden, die Furcht vor Demütigung oder die Furcht vor materiellem Verlust. Sie ist einerseits Bestandteil personaler Kriminalitätseinstellungen (Boers 1991: 158), also der Befürchtung Opfer einer Straftat zu werden und andererseits sozialer Kriminalitätsfurcht, womit die Einschätzung gemeint ist, in welchem Maße die Gesellschaft von Kriminalität bedroht ist (vgl. Hohage 2004; Bornewasser/Köhn 2012). Nach Stand der Forschung wird die Kriminalitätseinstellung als Konstrukt mit verschiedenen Komponenten verstanden. Die affektive Komponente der personalen Kriminalitätseinstellung (Kriminalitätsfurcht) meint die emotionale Reaktion, welche durch ein Delikt oder einen damit im Zusammenhang stehenden situationalen Faktor ausgelöst wird. Die kognitive Komponente der personalen Kriminalitätseinstellung (Risikoeinschätzung) bezieht sich auf die subjektive Einschätzung von Kriminalitätsraten und des persönlichen Opferrisikos (Bals 2004:57). Es wird angenommen,

dass die Einschätzung einer gewissen Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, konstitutiv für Kriminalitätsfurcht ist. Bei beiden Komponenten wird mittlerweile nach zeitlichem (tagsüber, abends, nachts), räumlichem und/oder deliktspezifischem Bezugsrahmen unterschieden. Mit der konativen Komponente der personalen Kriminalitätseinstellung (Schutz- und Vermeidungsverhalten) werden Verhaltensweisen zur Abwehr von und zum Schutz vor Kriminalität bezeichnet. Es werden zum einen Verhaltensweisen formuliert, die die Distanz zu kriminogenen Personen und Situationen gewährleisten, und zum anderen wird nach Sicherheitsvorkehrungen gefragt, die den Haushalt vor Viktimisierungen schützen sollen. Nach dieser Definition werden Verhaltensweisen als Folge und nicht als eine Form von Furcht verstanden. Bezogen auf die (affektive) Kriminalitätsfurcht ist in zahlreichen Studien festgestellt worden, dass junge Frauen und ältere Menschen ein viel höheres Unsicherheitsgefühl haben als bspw. junge Männer. Die Viktimisierungsraten in den Kriminalitätsstatistiken widersprechend jedoch diesen Befürchtungen; denn gerade junge Männer sind erwiesenermaßen häufiger Opfer von Kriminalität im öffentlichen Raum. Dieses Paradoxon der Kriminalitätsfurcht (vgl. Müller 2015) stellt das vorherrschende Ungleichgewicht zwischen dem Bedrohlichkeitsgefühl der Menschen, vor allem von Frauen, und der tatsächlichen Viktimisierungsrate, vor allem von Männern, heraus.

Ausgehend von dem Wissen, dass Individuen ihr direktes Wohnumfeld häufig für sicherer halten als andere Ortsteile, selbst wenn sie in einem verhältnismäßig stärker von Kriminalität belasteten bzw. von Viktimisierungen betroffenen Viertel leben (vgl. Boers 1998:123 ff.) werden Fragen zur Kriminalitätseinstellungen in einen räumlichen Kontext gesetzt und auf verschiedenen Maßstabsebenen erfasst. Diese betreffen den gesamten Stadtteil, beziehen sich dann auf die nahräumliche Nachbarschaft und enden in der privaten Wohnung.

4.1 Raumbezogenes Sicherheitsgefühl

Nicht jedes polizeilich erfasstes Ereignis hat die gleichen Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Miteinander. Das raumbezogene Sicherheitsgefühl bezieht sich vornehmlich auf die subjektive (Un)Sicherheit in Bezug auf den Stadtteil, die Nachbarschaft und die eigene Wohnung. Es geht dabei um die individuelle Verunsicherung und Angst, die sich auf die baulich-räumliche Gegebenheiten als auch auf das sozialräumliche Miteinander beziehen können. Für die Erfassung des raumbezogenen Sicherheitsgefühls werden solche Ereignisse einbezogen, die das nachbarschaftliche Miteinander betreffen können. In der Regel haben Delikte wie beispielsweise Vermögens- und Fälschungsdelikte wie beispielsweise Onlinetrug, Fahrzeugkontrollen oder Führerscheinüberprüfungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Miteinander. Verbunden mit der raumbezogenen Unsicherheit sind neben Straftaten, insbesondere denjenigen, die im öffentlichen Raum wahrgenommen werden können wie Raubüberfälle oder Körperverletzungsdelikte auf Straßen, Wegen oder Plätzen, Sachbeschädigungen oder Rauschgiftkriminalität, auch so genannte „Incivilities“ und Ereignisse unterhalb des strafbewährten Maßes relevant, wie Ruhestörungen oder unerlaubte Müllentsorgung. Diese können zwar Kriminalitätsfurcht erzeugen, sie müssen aber nicht zwingend auf Kriminalitätsproblematiken spezifiziert sein.

Die Befragten wurden mit je einer Frage danach gefragt, wie sicher sie sich im Stadtteil, der Nachbarschaft und der eigenen Wohnung fühlen. Dabei wurde die Tageszeit (Tag und Nacht) variiert. Ferner wurde allgemein und konkret gefragt, wie die Sicherheit eingeschätzt wird, wenn man allein ist. Aus den Angaben, auf einer Skala von 1 (sehr sicher) bis 4 (unsicher), wurden verschiedene Indizes gebildet.

Die Tabelle³ zeigt, dass das Raumbezogene Sicherheitsgefühl insgesamt überdurchschnittlich gut ist, denn die Werte liegen allesamt unter dem Mittelwert der Skala von 2,5. Es scheint keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Einkommen und dem raumbezogenen Sicherheitsgefühl zu geben. Das raumbezogene Sicherheitsgefühl ist sowohl in Lüneburg-Mittelfeld (eher höheres Einkommen) als auch in Emden-Barenburg (höchster Anteil geringfügig Beschäftigter und Empfängerinnen / Empfänger von staatlicher Transferleistung (z.B. ALG, Harz IV, Grundsicherung) hoch (vgl. Tabelle 4). Feststellbar ist jedoch, dass die Befragten sich sicherer fühlen, je vertrauter ihnen die Umgebung ist. Das Sicherheitsempfinden steigt, je kleinräumiger die Betrachtungsebene vom Stadtteil bis zur eigenen Wohnung ist. Der Umstand allein unterwegs zu sein scheint für die Befragten kein Sicherheits-

³ In der Tabelle wurden alle gegebenen Antworten den Einzelitems zusortiert. Demnach können Einzelantworten sowohl in der Kategorie „im Stadtteil“ als auch in der Kategorie „allein“ oder „tagsüber“ gezählt werden.

problem darzustellen, die Werte liegen hier bei 2,06 Braunschweig-Weststadt, 2,05 Emden-Barenburg oder gar bei 1,71 in Lüneburg-Mittelfeld. Ein stärkeres - wenn auch immer noch niedriges - Unsicherheitsgefühl verursacht die Begegnung mit Fremden und bei Dunkelheit. Zwei Werte, die nicht überraschen, da sie auch in anderen Befragungen bestätigt werden (LKA 2015).

Tab. 6: Raumbezogenes Sicherheitsgefühl der Befragten

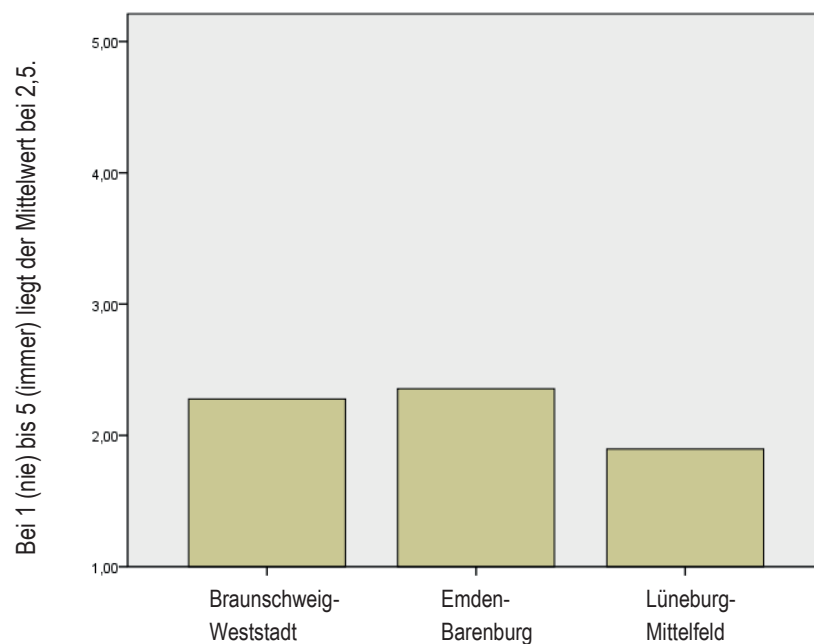
	Braunschweig-Weststadt	Emden-Barenburg	Lüneburg-Mittelfeld
...im Stadtteil	2,22	2,25	1,80
...in der Nachbarschaft	1,86	1,80	1,57
...in der eigenen Wohnung / im eigenen Haus	1,70	1,68	1,48
...allein	2,06	2,05	1,71
...bei Begegnung mit Fremden	2,44	2,44	2,00
... am Tag	1,69	1,71	1,42
... bei Dunkelheit	2,47	2,43	1,99

Auf einer Skala von 1 (sehr sicher) bis 4 (unsicher) liegt der Mittelwert bei 2,5 und bezeichnet den Durchschnitt. Alle Angaben unter 2,5 deuten auf ein überdurchschnittliches Sicherheitsgefühl hin, alle Werte die über 2,5 gegen vier tendieren dagegen auf ein unsicheres raumbezogenes Sicherheitsgefühl.

4.2 Affektive Komponente der Kriminalitätseinstellung

Die affektive Komponente der Kriminalitätseinstellung umfasst die emotionale Reaktionen auf antizipierte, als bedrohlich empfundene kriminelle Ereignisse. Sie stellt das allgemeine Unsicherheitsgefühl dar und ist abhängig von der persönlichen Vulnerabilität, also die Selbsteinschätzung, Opfer einer Straftat zu werden. Die Befragten konnten zu insgesamt sechs verschiedenen Delikten von Diebstahl über Sachbeschädigung bis Raub auf einer fünfstufigen Skala von 1 (nie) bis 5 (immer) angeben, wie häufig sie die Befürchtung einer persönlichen Betroffenheit durch vorgenannte Delikte haben. Aus den Nennungen wurde ein einziger Mittelwert gebildet, der angibt, wie hoch die jeweilige affektive Kriminalitätsfurcht ist. Je weiter der Wert gegen 5 tendiert, desto höher ist die affektive Komponente der Kriminalitätseinstellung.

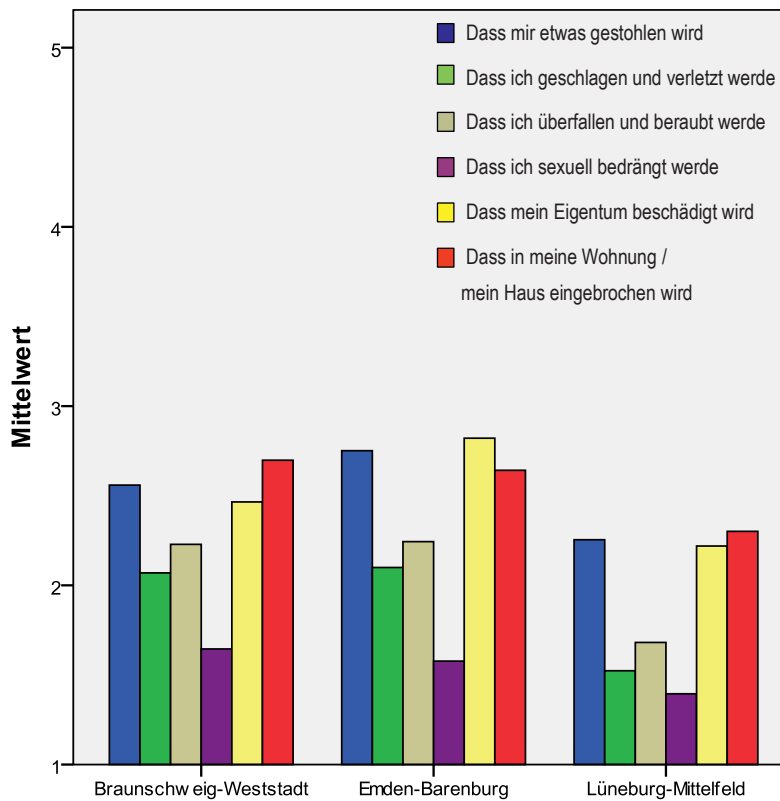
Abb. 7: Affektive (emotionale) Kriminalitätsfurcht, Mittelwert



Es zeigt sich, dass die Befragten insgesamt eine eher geringe affektive Kriminalitätsfurcht aufweisen. Dies gilt für Männer wie Frauen. Allerdings ist das affektive Furchtniveau bei Frauen, wie aus anderen Studien bekannt, höher ausgeprägt als bei Männern. Dieser Geschlechterunterschied tritt in Braunschweig-Weststadt und Emden-Barenburg deutlich zutage, während er in Lüneburg-Mittelfeld nicht merklich ist. Ein weiteres Herunterbrechen auf andere soziodemografische oder -ökonomische Merkmale ist nicht möglich, da die Besetzung einzelner Gruppen teilweise sehr gering wäre, sodass statistisch belastbare Aussagen nicht möglich sind. Eine deliktische Differenzierung ist dagegen möglich und ergibt folgendes Bild:

Abb. 8: Affektive (emotionale) Kriminalitätsfurcht, deliktische Differenzierung

„Wie oft haben Sie folgende Befürchtungen?“



Die geringsten Befürchtungen existieren hinsichtlich einer sexuellen Bedrängung, wobei hier eindeutig geschlechtsspezifische Unterschiede zum Tragen kommen. Die vergleichsweise niedrigen Werte weisen –wie auch in anderen Studien- darauf hin, dass die Befürchtung eher nur Frauen geäußert wurden, Unter den Antwortenden gaben ca. die Hälfte an, weiblichen Geschlechts zu sein. Ferner lösen in allen Untersuchungsgebieten Eigentumsdelikte wie Diebstahl, Sachbeschädigung oder Wohnungseinbruch mehr Ängste und Befürchtungen aus als Taten, die die körperliche Integrität beeinflussen (Körperverletzung, Raub).

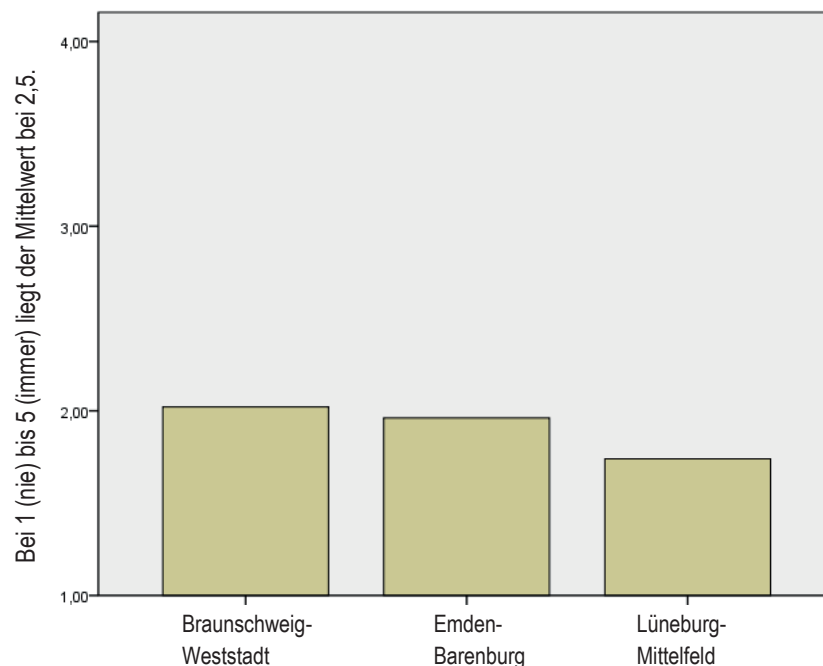
4.3 Kognitive Komponente der Kriminalitätseinstellung

Die kognitive Komponente der Kriminalitätseinstellung konzentriert sich auf die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer einer kriminellen Handlung zu werden. Ausgehend davon, dass Kriminalität nicht als solche in der Lebenswirklichkeit existiert, sondern nur in Form von bestimmten Verhaltensweisen oder Delikten auftritt, bezieht sich die Messung auf konkrete Delikte (LKA 2015: 93). Analog zur affektiven Kriminalitätsfurcht wurden den Befragten dieselben sechs Delikte vorgelegt und sie wurden gebeten einzuschätzen, für wie wahrscheinlich sie es halten, Opfer dieser zu werden. Die Bewertung konnte auf einer Skala von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 4 (sehr wahrscheinlich) vorgenommen werden. Erneut wurde aus den Nennungen ein einziger Mittelwert als Kennzahl für die kognitive Kriminalitätsfurcht gebildet.

Die Wahrscheinlichkeit von einer Straftat betroffen zu sein wird durch die Befragten insgesamt als eher gering angesehen.

KOGNITIVE KOMPONENTE

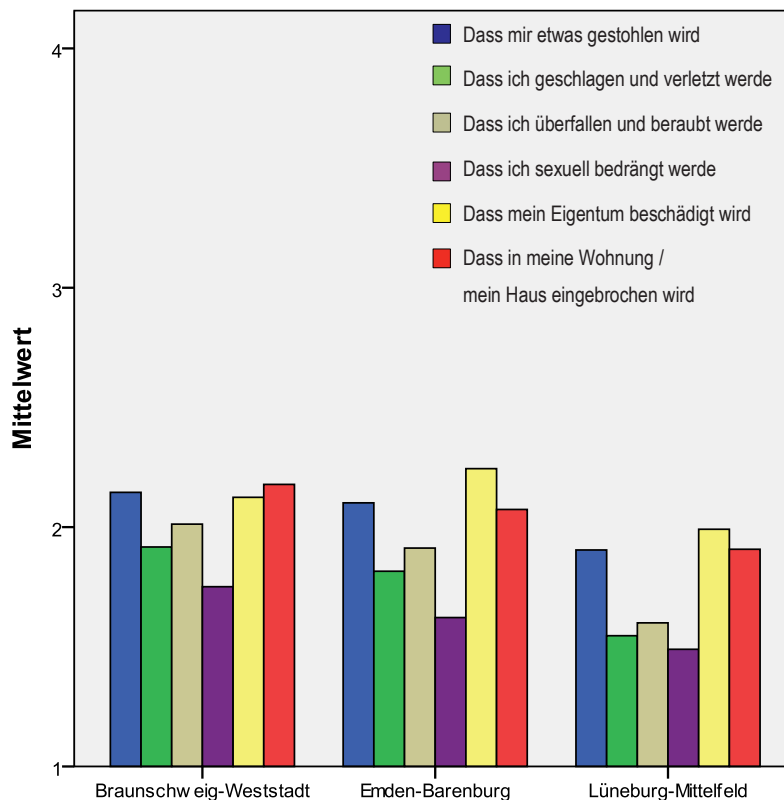
Abb. 9: Kognitive (verstandsbezogene) Komponente der Kriminalitätseinstellung, Mittelwert



Fragt man die Menschen auf der verstandsbezogenen Ebene nach der Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, so zeigt sich ein aus anderen Untersuchungen zur Kriminalitätseinstellung bereits bekannter Effekt. Wird die Wahrscheinlichkeit Opfer einer Straftat zu werden intellektuell mit der eigenen Befürchtung gekoppelt, so reduziert sich die Rate der Besorgten deutlich (vgl. LKA 2013:14)

Abb. 10: Kognitive Komponente der Kriminalitätseinstellung, deliktische Differenzierung

„Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen Folgendes passiert?“



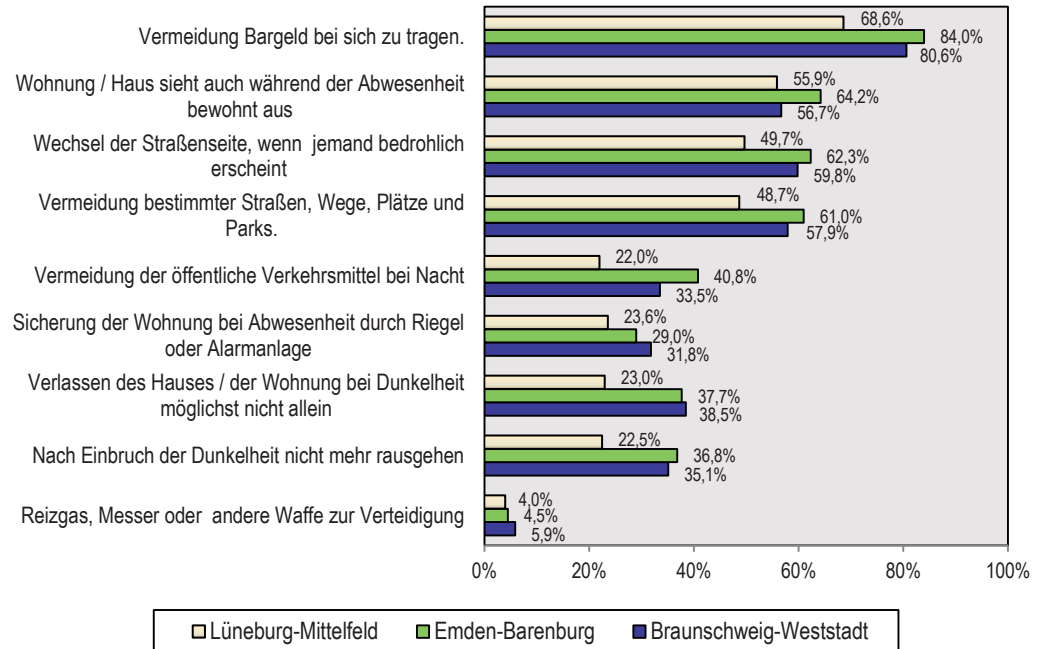
4.4 Konative Komponente der Kriminalitätseinstellung / Vermeidungsverhalten

Die Komponente der konativen Kriminalitätseinstellung bezieht sich auf die verhaltensorientierte Ebene. „Neben der Bewertung einer Situation als „gefährlich“ erfolgt die Bewertung der eigenen persönlichen Fähigkeiten, eine solche Situation bewältigen („Coping“) zu können“ (LKA Niedersachsen, 2015: 108). Laut Boers und Kurz 1997 lassen sich verschiedene Arten feststellen, mit Gefahrensituationen umzugehen. Entweder es stellt sich ein Gefühl der Hilflosigkeit ein, oder es erfolgen aktive Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen als gegenteilige Reaktion. Als dritte Möglichkeit kommt es zu Flucht- oder Vermeidungsverhalten (Boers / Kurz 1997). Ein hohes Maß an Unsicherheit kann also zu Vermeidungsverhalten führen und somit zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Um passgenaue Maßnahmen zur Förderung des Sicherheitsempfindens zu gestalten, ist es sinnvoll, differenzierte Informationen über das Vermeidungsverhalten der Betroffenen zu erlangen. Im Zuge der Befragung wurde die Frage gestellt, welche Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, um sich vor Kriminalität zu schützen.

**VERMEIDUNGS-
VERHALTEN**

Abb.11: Schutz vor Kriminalität

„Welche der folgenden Vorsichtsmaßnahmen treffen Sie, um sich vor Kriminalität zu schützen?“



Das Verhalten, dass Menschen aufgrund ihrer individuellen Kriminalitätsbewertung und -furcht an den Tag legen, ist in der Regel rational und sinnvoll. So wird die verbreitetste Vorsichtsmaßnahme, nie viel Bargeld mitzuführen gefolgt von der Aktivität, die Wohnung bei Abwesenheit bewohnt aussehen zu lassen. Solch ein Handeln reduziert das Risiko bestimmter Straftaten bzw. der Folgen die für das Individuum oder Institutionen mit wenig Kosten und ohne wirkliche Einschränkung verbunden sind. Aus Sicht der Polizei ist positiv zu bewerten, dass nur ein geringer Teil der Bevölkerung sich mit Reizgas oder anderen Gegenständen bewaffnet, da der Einsatz dieser Gegenstände teilweise unerlaubt ist bzw. schwerwiegende Folgen nach sich ziehen kann.

Das Ziel, die Lebensqualität zu erhöhen, beinhaltet eine Teilhabe am öffentlichen Leben. Führt jedoch das Flucht- bzw. Vermeidungsverhalten dazu, dass beispielsweise der öffentliche Personennahverkehr oder bestimmte Straßen, Wege, Plätze und Parks gemieden werden oder dass gar das Nicht-Verlassen des Hauses Reaktionen auf Verunsicherungen sind, so besteht für die Polizei, die zuständige städtische Behörde und die Betreiber dringender Handlungsbedarf.

5. Sicherheit in der Nachbarschaft und Wohnumfeld

Ein hohes Maß an objektiver und subjektiver Sicherheit ermöglicht ein Zugewinn an Lebensqualität (vgl. z.B. Schubert, Spieckermann, Veil 2007:32). Unterschiedliche komplexe Einflüsse bedingen Ausmaß und Entwicklung von Sicherheit und Furcht. Dabei handelt es sich um das Zusammenwirken unterschiedlicher Einflüsse. Ausschlaggebend sind globale Umweltfaktoren auf der Makroebene (Medien, sozialer Wandel und Wohlfahrtsstaat), individuelle Einflüssen der Persönlichkeit auf der Mikro-Ebene wie Alter, Geschlecht, soziale Herkunft und Vulnerabilität und Faktoren der lokalen Umwelt auf der Meso Ebene (Nachbarschaft, soziale Kohäsion, tatsächliche Kriminalität und Incivilities) (vgl. Oberwittler 2015) einschließlich der baulichen Gestaltung. Das Zusammenspiel dieser einzelnen Faktoren ist auf unterschiedlichen Ebenen beeinflussbar. Über die Gestaltung des öffentlichen Raumes einerseits und die Herstellung von gut funktionierenden sozialen Nachbarschaften andererseits kann das Sicherheitsgefühl der Wohnbevölkerung gestärkt werden. Ein Ort kann mit dem Ziel gestaltet werden, Tatgelegenheiten zu verhindern und das soziale Miteinander zu stärken und damit die Lebensqualität zu erhöhen (vgl. Behrmann / Schröder 2012), denn Sicherheit entsteht, wenn keine persönlichen Bedrohungen zu befürchten sind, das Vertrauen gegeben ist, „dass Körper und Eigentum unversehrt bleiben“.

NACHBARSCHAFT
UND WOHNUMFELD

5.1 Identifikation mit dem Stadtteil

Neben den erkennbaren baulich-räumlichen Qualitäten eines Stadtteils ist zu klären, inwieweit die räumliche Identifikation mit dem Stadtteil und der Nachbarschaft eine Bedeutung auf das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung hat. Aus humangeografischer Perspektive existieren drei funktionale Formen der Identifikation: die aktive objektbezogene Identifikation (Abgrenzung vom Wohnviertel oder „Kiez“ vom Rest der Stadt), die passive subjektbezogene Identifikation (von anderen als Bewohner/in des Kiezes identifiziert zu werden, eine/r von hier zu sein) und die aktive subjektbezogene Identifikation (Identifikation mit dem sozialen und physisch-symbolischen Umfeld) (vgl. Schnur 2003:86). Der Zusammenhang zwischen Sicherheit in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld und der Identifikation wird auch in einer Studie von Ramey / Shrider aus dem Jahr 2014 deutlich. Sie stellen fest, dass die Wohndauer einen Einfluss auf das Engagement im Stadtteil hat: *“people who have lived in an area longer or who intend to live in an area long term have higher rates of organizational participation”* (Ramey/ Shrider 2014: 197). Es bestätigt sich die Annahme, dass zwischen dem Wohnumfeld, der Nachbarschaftsintensität, also die Stärke nachbarschaftlicher Beziehungen, und dem Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner in einer Nachbarschaft ein direkter Zusammenhang besteht. *„Evidence of an inverse relation-*

IDENTIFIKATION

ship exists between the number of social ties in a neighborhood, both informal and through organizations, and local crime rates" (ebenda: 196). So fallen beispielsweise in einer intensiven, oder zumindest gut ausgeprägten Nachbarschaft fremde Menschen schnell auf. Dies können natürlich Besucherinnen und Besucher, Handwerksunternehmen oder Lieferdienste sein, jedoch ist es auch möglich, dass die Gegend von potentiellen Einbrechern oder Dieben „ausgekundschaftet“ wird. In diesem Fall ist es ein gutes Zeichen, wenn der Kontakt zwischen Nachbarn zumindest insoweit besteht, dass eine gewisse Art von informeller sozialer Kontrolle stattfinden kann. *„Crime rates also are lower when neighbors know each other and feel obligated to look out for one another, even if the neighbors only know each other through weak ties like through the exchange of driveway greetings. Finally, crime rates are higher in areas where residents have limited friendship networks and low rates of organizational participation”* (ebenda 196). Aufgrund der dargestellten Zusammenhänge wurde in der Befragung versucht, die Identifikation mit dem Stadtteil auf unterschiedlichen Ebenen zu messen. Als erster wurde aufgrund der unterschiedlichen soziostrukturellen Lebensbedingungen in den Stadtteilen ein Modell gerechnet, welches den Einfluss der Individualeffekte wie Alter, *Geschlecht* des Befragten (männlich im Vergleich zu weiblich), *Kinder* im Haushalt (ja/nein), *Wohndauer*, *Erwerbstätigkeit* (keine Erwerbstätigkeit, bzw. Erwerbstätigkeit von 1-19 Stunden, 20-37 Stunden, ab 38 Stunden) und Wohnen im *Eigentum* (im Vergleich zum Wohnen zur Miete) auf die Identifikation mit dem Stadtteil herstellt.

Tab. 7: Modell zur Erklärung der Identifikation mit dem Stadtteil

	Braunschweig-Weststadt		Emden-Barenburg		Lüneburg-Mittelfeld	
	(n=279)		(n=241)		(n=361)	
	Stand. β		Stand. β		Stand. β	
Wohndauer	0,37	*	0,27	*	0,09	
Wohnen: Eigentum	-0,12		0,09		0,26	*
Kinder	0,02		-0,00		0,12	
Erwerbstätigkeit:						
1-19 Stunden	0,05		-0,10		0,02	
20-37 Stunden	0,15		0,30	*	-0,01	
ab 38 Stunden	0,02		0,19		0,05	
Alter	0,17		0,37	*	0,07	
Geschlecht (männlich)	0,05		-0,04		-0,05	
* = signifikant ($p > 0,01$)						

In der Tabelle wird dargestellt, welche Merkmale, gemessen am Beta.Koeffizienten, den größten Einfluss auf die Identifikation mit dem Stadtteil aufweisen. Grundsätzlich weisen positive Werte einen positiven Zusammenhang und negative Werten einen negativen Zusammenhang auf.

Die Signifikanz eines Wertes bedeutet, dass dieser Zusammenhang auch über die Stichprobenwerte hinaus zu erwarten ist. Die mit einem Sternchen versehenen Werte gelten also vermutlich für den gesamten Stadtteil.

Das Modell zeigt im Besonderen, dass die Wohndauer sowohl in der Braunschweiger Weststadt als auch in Emden-Barenburg für die Identifikation mit dem Stadtteil von Bedeutung ist (Braunschweig-Weststadt Beta: 0,37, Emden-Barenburg 0,27), in Lüneburg-Mittelfeld hingegen hat die Wohndauer keinen Einfluss auf die Identifikation. Weiterhin spielt in Emden-Barenburg das Alter der Befragten sowie die *Erwerbstätigkeit* eine Rolle (Alter 0,37; Erwerbstätigkeit bei 20-37 Stunden 0,30).

Für Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Lüneburg-Mittelfeld hat von allen betrachteten Merkmalen nur das Wohnen im *Eigentum* (im Vergleich zur Miete) einen signifikanten Einfluss (Beta: 0,26).

Betrachtet man die Faktoren, die zu einer hohen Identifikation mit dem eigenen Stadtteil führen, so kann festgestellt werden, dass keine eindeutige Aussage über einzelne Faktoren

getroffen werden kann. Bemerkenswert ist, dass sich die Befragten unabhängig vom Geschlecht jedoch abhängig von Lebensphasen und Lebenssituationen mit einem Stadtteil identifizieren. Beispielsweise hat der Faktor Eigentum in Lüneburg-Mittelfeld, dem jüngsten und kinderreichsten Stadtteil der Fallstudienstädte einen positiven Einfluss, während Kinder im Haushalt nur einen schwachen Zusammenhang aufweisen.

Im zweiten Schritt wurde in der Befragung eine Variable entwickelt, die sich auf den Kontexteffekt konzentriert. Dazu wurde ein Faktor aus vier verschiedenen Items gebildet, diese wurden als „Identifikation mit dem Stadtteil“ (Cronbach's Alpha: 0,83):

- *Ich fühle mich als Teil meines Stadtteils.*
- *In meinem Stadtteil fühle ich mich zu Hause.*
- *Ich wohne gerne in meinem Stadtteil.*
- *Ich wohne in meinem Stadtteil, weil hier Leute wohnen, die so sind wie ich.*

FAKTORENVARIABLE

Ein hoher Wert auf der Faktorvariablen steht also für eine stärkere Identifikation mit dem Stadtteil. Ein Wert nahe 1 ist also mit einer sehr geringen durchschnittlichen Identifikation mit dem Stadtteil verbunden, ein Wert nahe 4 ist mit einer sehr starken Identifikation assoziiert. Der Wert 2,5 wäre „neutral“. In Lüneburg-Mittelfeld liegt der Wert bei 3,07, in Braunschweig-Weststadt bei 2,93 und in Emden-Barenburg bei 2,70, was bedeutet, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner tendenziell mit ihrem Stadtteil identifizieren.

Ehrenamtliches Engagement

Als dritter Schritt wurde ein weiterer Indikator für die Identifikation mit dem Stadtteil untersucht, der sich auf das Ausüben eines Ehrenamtes bezieht. In Konzepten und Programmen der Stadtentwicklungspolitik werden zunehmend bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung als wichtige Erfolgsfaktoren für die Teilhabe und Integration in Stadtquartieren aufgenommen (vhw 2010). In einer Studie zum „Engagement im Quartier“ wurde untersucht, welchen Beitrag das freiwillige Engagement für die Entwicklung sozial benachteiligter Quartiere leisten kann (Gesemann / Roth o.J.). Im Vordergrund stehen dabei die Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders, die Verbesserung der Bildungschancen vor Ort sowie die Verbesserung der Integration und Teilhabechancen von Migranten. In der transit-Befragung wurde die Frage gestellt, ob ein ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement vorliegt. Die positiven Rückmeldungen darauf von insgesamt 12,2% in Braunschweig-Weststadt, 13,7 % in Emden-Barenburg und 23,5 % in Lüneburg-Mittelfeld liegen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitts von rund 43,6 % der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren (vgl. BMFSFJ (2014):1. Sofern sich die Befragten in den Stadtteilen engagieren, tun sie dies überwiegend in ihrem eigenen Stadtteil.

Tab. 8: Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement

„Sind Sie ehrenamtlich oder freiwillig engagiert? (z.B. im Verein, bei der Feuerwehr, in der Schule)“

	Braunschweig- Weststadt	Emden- Barenburg	Lüneburg- Mittelfeld
ja, außerhalb d. Stadtteils	4,7%	4,6%	9,1%
ja, im Stadtteil	5,0%	7,9%	12,2%
ja, im und außerhalb d. Stadtteils	2,5%	1,2%	2,2%
nein	87,8%	86,3%	76,5%
n	279	241	361

5.2 Einfluss der Nachbarschaftsintensität und der Qualität des Wohnumfeldes auf das Sicherheitsempfinden

Zur Erklärung des Sicherheitsgefühls wurde eine einfache lineare multiple Regression mit den unabhängigen Variablen Nachbarschaftsintensität und Qualität des Wohnumfeldes durchgeführt. Um die Komplexität der beiden Dimensionen zu vereinfachen, wurde eine Faktorenanalyse der beiden Variablen vorgenommen. Die Nachbarschaftsintensität zielt auf das Ausmaß des nachbarschaftlichen Kontakts ab. Der Faktor Nachbarschaftsintensität wurde aus den Einzelitems „*Ich kenne meine Nachbarn beim Namen*“, „*Zu meinen Nachbarn habe ich Kontakt (plaudern)*“, „*Meine Nachbarn und ich besuchen sich zu Hause*“ und „*Wenn es darauf ankommt, kann ich mich auf meine Nachbarn verlassen*“ gebildet. Mit der Qualität des Wohnumfeldes ist die als (positiv) empfundene baulich-räumliche Gestaltung des Stadtteils gemeint und ergibt sich aus sieben Einzelitems wie „*Mein Stadtteil ist gepflegt*“, „*Die Straßen, Wege und Plätze in meinem Stadtteil sind attraktiv gestaltet*“, „*Mein Stadtteil ist sauber*“, „*Mein Stadtteil ist nach Einbruch der Dunkelheit gut beleuchtet*“, „*In meinem Stadtteil gibt es schöne, interessant gestaltete Häuser*“, „*Die Wohnhäuser in meinem Stadtteil sind gut erhalten*“ und zuletzt die Negativfrage „*Mein Stadtteil ist heruntergekommen*“, die in der Auswertung umgepolt wurde. Zudem wurde der Einfluss des Geschlechts und des Alters der Befragten berücksichtigt.

**NACHBARSCHAFTS-
INTENSITÄT**

**QUALITÄT DES WOHN-
UMFELDES**

Sicherheitsgefühl bei Tag und bei Dunkelheit

Betrachtet man die Faktoren zum Sicherheitsgefühl am Tag und bei Dunkelheit, so zeigen sich deutliche Unterschiede: Bei Tag fühlen sich fast alle Menschen sicher oder sehr sicher; bezogen auf die Dunkelheit geben die Menschen ein eindeutig geringeres Sicherheitsgefühl an.

Tab. 9: Einfluss der Nachbarschaftsintensität und der Qualität des Wohnumfeldes auf das Sicherheitsempfinden bei Tag und bei Dunkelheit

	Braunschweig- Weststadt (n=279)		Emden- Barenburg (n=241)		Lüneburg- Mittelfeld (n=361)	
Sicherheitsempfinden bei Tag						
Einfluss der Nachbarschaftsintensität	0,3	*	0,3	*	0,3	*
Einfluss der Qualität des Wohnumfeldes	0,4	*	0,4	*	0,4	*
Einfluss des Geschlechts	0,1		0,1		-0,0	
Einfluss des Alters	-0,3	*	-0,2	*	-0,3	*
<i>Erklärte Varianz</i>	24,8%		26,9%		30,4%	
Sicherheitsempfinden bei Dunkelheit						
Einfluss der Nachbarschaftsintensität	0,1		0,2		0,2	*
Einfluss der Qualität des Wohnumfeldes	0,5	*	0,5	*	0,5	*
Einfluss des Geschlechts (Referenz: weiblich)	0,2	*	0,2	*	0,1	*
Einfluss des Alters	-0,1		-0,1		-0,1	
<i>Erklärte Varianz</i>	26,7%		27,9%		32,3%	
* = signifikant ($p > 0,01$)						

Generell kann festgestellt werden, dass die Qualität des Wohnumfeldes an allen drei Orten einen signifikanten positiven Einfluss auf das Sicherheitsgefühl (sowohl am Tag und als auch bei Dunkelheit) nimmt. Ein stärkerer Effekt zeigt sich bei dem Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit. Ebenso hat die Nachbarschaftsqualität einen positiven Einfluss auf das Sicher-

heitsgefühl (sowohl am Tag als auch bei Dunkelheit). Auch hier gibt es Hinweise darauf, dass der Effekt bei dem Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit stärker ist als am Tag. Vergleicht man den Einfluss der Qualität des Wohnumfeldes und der Nachbarschaftsintensität auf das Sicherheitsempfinden, so kann festgestellt werden, dass die Qualität des Wohnumfeldes (am Tag als auch und bei Dunkelheit) einen stärkeren Effekt auf das Sicherheitsgefühl hat. Zu bemerken ist, dass ältere Befragte zu weniger Sicherheitsgefühl am Tag neigen als jüngere Befragte. Männer zeigten mehr Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit als Frauen.

6. Probleme und Lösungsvorschläge im Stadtgebiet

Ganz im Sinne eines transdisziplinären Forschungsansatzes soll die Expertise der Bewohnerinnen und Bewohner der Fallstudienorte einbezogen werden. Daher wurden die ausgewählten Befragten wie folgt nach ihrer Problemwahrnehmung im Stadtteil befragt. „Welche der folgenden Probleme nehmen Sie in ihrem Stadtteil wahr?“ Mit der nächsten Frage konnten sie geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der eigenen Lebensqualität im Stadtteil nennen.

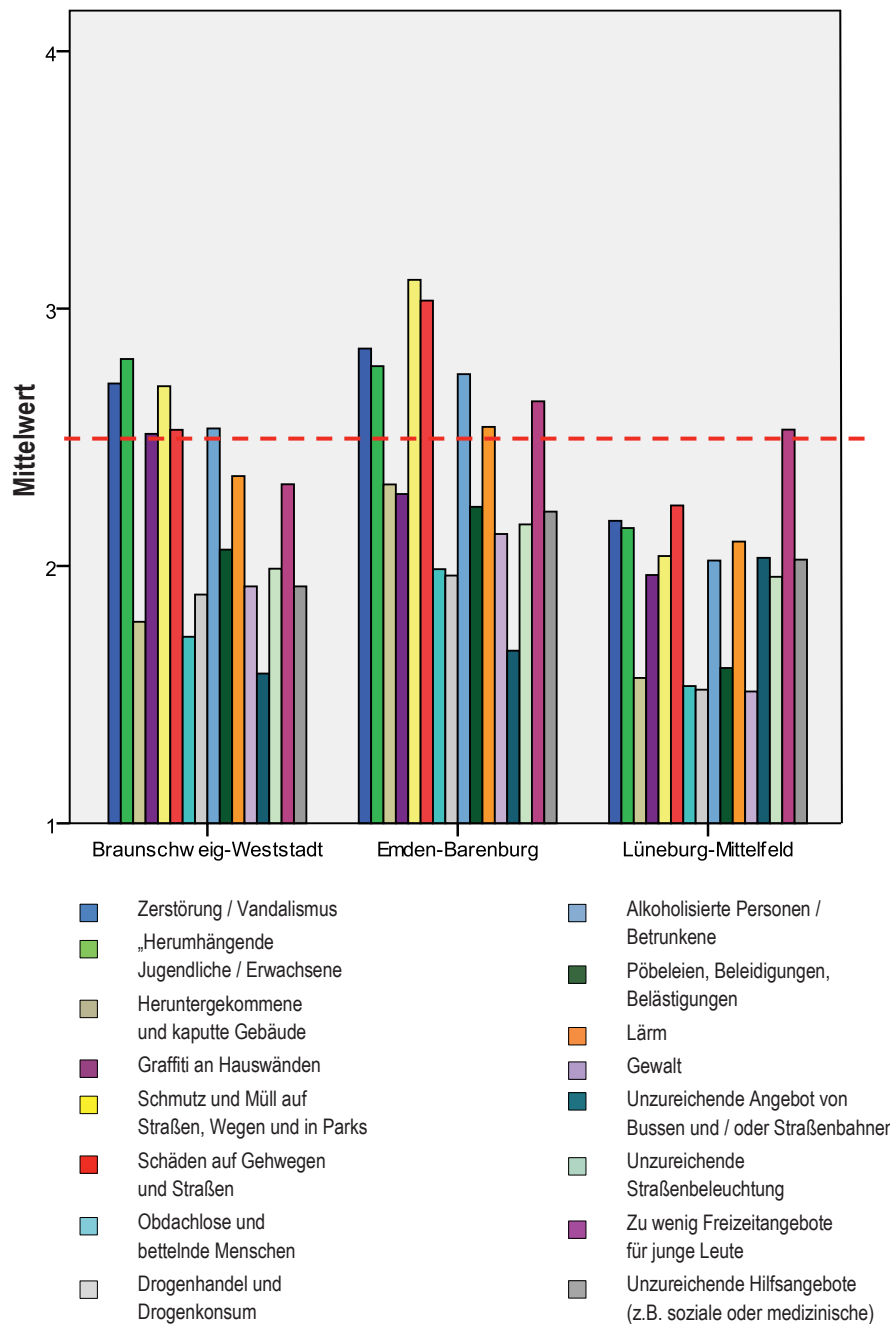
6.1 Identifizierte Probleme im Stadtgebiet

Die Befragten wurden gebeten auf einer vierstufigen Skala („trifft nicht zu“ bis „trifft völlig zu“) anzugeben, ob verschiedene Probleme im Stadtteil vorhanden sind. Wird jeweils der erreichte Mittelwert betrachtet, so zeigen sich folgende Ergebnisse in den drei untersuchten Fallstudienstädten: Grundsätzlich werden in Emden-Barenburg die Probleme stark wahrgenommen. In Emden-Barenburg werden baulich-räumliche Probleme wie Schmutz und Müll auf Straßen, Wegen und in Parks sowie Schäden auf Gehwegen und Straßen und Zerstörung und Vandalismus benannt. Anschließend folgen personenbezogene Angaben wie „herumhängende“ Jugendliche / Erwachsene und alkoholisierte Personen. In der Braunschweiger Weststadt stehen personenbezogene Aspekte und baulich-räumliche Probleme gleichbedeutend nebeneinander. Hier ist zu vermuten, dass sich die Angaben straßenzugsweise unterscheiden und sich die Bemühungen der Wohnortgestaltung bereits auf das Antwortverhalten der Befragten ausgewirkt haben. Die Befragten in Lüneburg-Mittelfeld sehen Graffiti als größtes Problem an, gefolgt von Schäden auf Gehwegen und Straßen. In allen Untersuchungsgebieten von Bedeutung sind Vandalismus, „herumhängende“ Jugendliche, Verunreinigungen und Schäden an Gehwegen und Straßen.

**PROBLEME IM
STADTGEBIET**

Abb. 12: Probleme im Stadtgebiet

„Welche der folgenden Probleme nehmen Sie in Ihrem Stadtteil wahr?“



6.2 Lösungsvorschläge

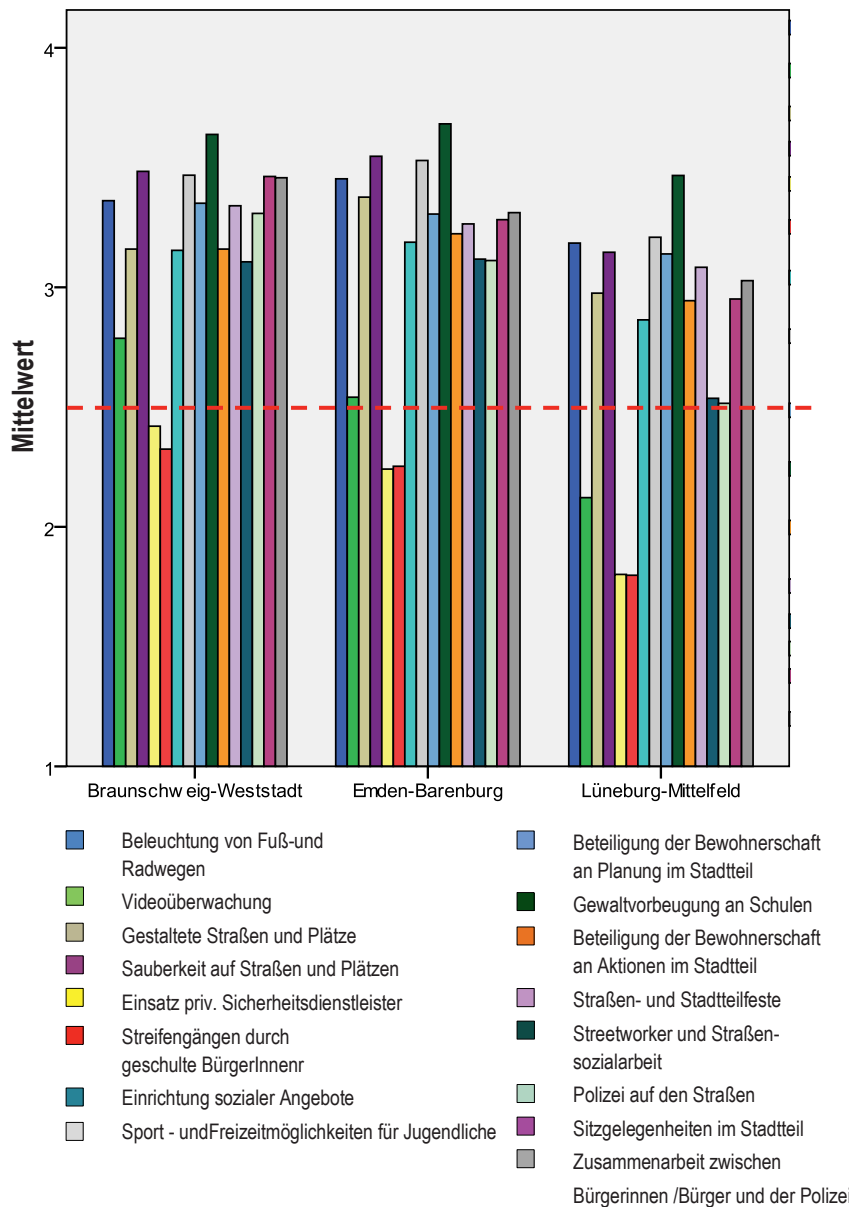
LÖSUNGS- VORSCHLÄGE

Im nächsten Abschnitt wurden die Befragten zur Bewertung von Lösungsvorschlägen aufgefordert, die zur Erhöhung der eigenen Lebensqualität führen können. Aus einer Liste von 16 Vorgaben konnten Antworten auf einer Viererskala (sehr geeignet – eher geeignet -eher ungeeignet - ungeeignet) angegeben werden. Wenngleich auf unterschiedlichem Niveau, so

ist doch auffällig, dass die Einbeziehung privater Sicherheitsdienste oder Selbsthilfeaktionen nicht als Mittel zur Zielerreichung gesehen werden. Damit werden vorhandene Thesen bestätigt, die besagen, dass die Einwirkung von privaten Sicherheitsdiensten unter anderem aufgrund unklarer rechtlichen Handlungsmöglichkeiten und Grenzen der Befugnisse eher schwach ist. Auch die Einrichtung geschulter Streifengänge durch Bürgerinnen und Bürger werden abgelehnt und als nicht erfolgreich eingeschätzt. Obendrein wird in Belangen zur Sicherheit weiterhin auf die Polizei als „Garanten öffentlicher Sicherheit“ vertraut, weshalb dieser von den Bürgern den privaten Sicherheitsdiensten Vorrang eingeräumt wird. (Oberfell-Fuchs, 2000: 37).

Abb. 13: Lösungsvorschläge

„Für wie geeignet halten Sie folgende Maßnahmen zur Erhöhung Ihrer Lebensqualität in Ihrem Stadtteil?“



Wie der Grafik zu entnehmen ist, nennen die Befragten Gewaltvorbeugung an Schulen und die Zusammenarbeit mit der Polizei für sinnvolle Lösung zur Steigerung der Lebensqualität. Neben diesen Aspekten spielen baulich-räumliche Ansätze wie gestaltete Straßen, Wege und Plätze und die Sauberkeit eine wesentliche Rolle, dabei schätzen die Befragten partizipative Prozesse und Beteiligungsverfahren. Der Einsatz privater Sicherheitsdienstleister und die Einrichtung von Streifengängen von Bürgerinnen und Bürgern werden hingegen als wenig sinnvoll eingeschätzt. Videoüberwachung findet ebenfalls wenig Zustimmung in der Bevölkerung, was daran liegen kann, dass die Bevölkerung in Deutschland solchen Überwachungssystemen grundsätzlich eher skeptisch gegenüber steht. Auch wird in der öffentlichen Diskussion häufig die Frage gestellt, ob Videoüberwachungen an bestimmten Orten wirklich „notwendig“ sind oder ob sie auch dazu führen können, dass die Kriminalitätsfurcht der Bewohner in der befragten Umgebung weiter steigen kann (Kudlacek, 2015: 14).

7. Institutionelle Zuständigkeiten

Für verschiedene Problemlagen konnten die Befragten angeben, ob sie sich in dieser an die Polizei, ein Wohnungsunternehmen, die Stadtverwaltung oder die Feuerwehr wenden würden. Werte von nahe 100 deuten also auf eine hohe Einigkeit der Befragten hin, dass die betreffende Institution zuständig ist, Werte nahe Null entsprechend dem Gegenteil. Die Zeilensummen ergeben folglich nicht 100.

Insgesamt stimmen die Zuschreibungen der Verantwortlichkeiten mit den originären Zuständigkeiten der einzelnen Institutionen überein. So spielt die Feuerwehr bei den vorgegeben Problemsituationen grundsätzlich nur dann eine Rolle, wenn es um hilflose Personen geht. Der Polizei wird insgesamt eine große Zuständigkeit zugeschrieben. Aus Sicht der Befragten ist sie im Besonderen verantwortlich bei Gewalt auf der Straße, Drogenhandel, Ruhestörungen, hilflosen Personen und zugeparkten Autos. Die Wohnungsunternehmen sind für defekte Beleuchtungen auf dem Grundstück, Schmutz und Müll in Hauseingängen, Vandalismus am Gebäude, Graffiti an Häuserwänden aber auch für Vandalismus auf der Straße zuständig. Die Stadtverwaltung wird als zuständig angesehen, wenn es defekte Beleuchtungen auf Straßen, Schmutz und Müll auf öffentlichen Straßen, Vandalismus auf der Straße, streunende Tiere und zugeparkte Autos betrifft. Dies sind alles Probleme unterhalb der Schwelle der Kriminalität im öffentlichen Raum.

INSTITUTIONELLE ZUSTÄNDIGKEITEN

Tab.10: Institutionelle Zuständigkeiten nach Einschätzung der Befragten

„An wen würden Sie sich wenden, wenn Sie Folgendes im Stadtteil feststellen?“

	Polizei	Wohnungs- unternehmen	Stadt- verwaltung	Feuerwehr
Graffiti an Häuserwänden	28,9	33,6	18,6	0,1
Defekte Beleuchtung auf Straßen	4,0	9,2	70,1	0,0
Defekte Beleuchtung auf Grundstück	0,2	67,4	7,8	0,1
Schmutz und Müll auf öffentlichen Straßen	3,0	8,7	67,4	0,1
Falschparker	36,5	2,6	14,4	0,0
Schmutz und Müll in Hauseingängen	2,5	66,1	14,1	0,0
Vandalismus auf Straßen	41,1	11,1	41,8	0,0
Vandalismus auf Grundstück	29,9	55,4	8,5	0,0
Zugeparkte Straßen	56,9	3,2	20,1	0,8
Hilflose Personen	59,5	0,7	1,2	48,6
Ruhestörung	83,5	6,9	3,1	0,2
Drogenhandel	86,0	0,8	1,9	0,9
Streunende Tiere	31,3	3,0	31,1	11,2
Gewalt auf Straßen	91,9	0,5	1,0	2,8

Werte gegen 0 bedeutet geringe, Werte gegen 100 hohe Einigkeit der Zuständigkeit

Unklarheit besteht nur in wenigen Fällen: Bei Graffiti ist unklar, welche Institution zuständig ist. Bei Vandalismus auf Straßen und streunenden Tieren wird entweder die Polizei oder die Stadtverwaltung als zuständig gesehen. Die Befragten würden die Polizei bei zugeparkten Straßen rufen, obwohl der stehende Verkehr nicht Sache der Polizei, sondern der Stadtverwaltung ist.

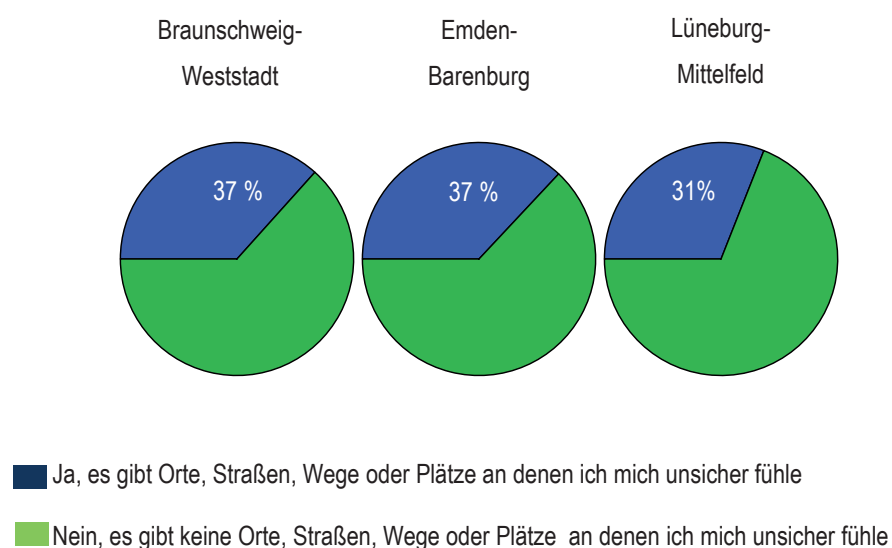
8. Angsträume / Unsicherheit erzeugende Orte

Ob ein Raum zu einem Angstraum wird, kann unterschiedliche Ursachen haben. Zum einen spielt die individuelle Vulnerabilität eine Rolle, die sowohl alters-, geschlechts- und/oder herkunftsbedingt ist. Auch die eigenen Viktimisierungserfahrungen haben einen Einfluss. Auf dieser personalen Ebene sind Angsträume nicht statisch und werden vom Betrachtenden individuell beurteilt. Als Angsträumen werden aber zum anderen auch solche Räume charakterisiert, in denen Unsicherheiten aufgrund fehlender sicherheitsrelevanter Aspekte entstehen. Als allgemeine Merkmale von Angsträumen werden unter anderem Unübersichtlichkeit, schlechte Beleuchtung, fehlende Ausweichmöglichkeiten, „Unbelebtheit oder auch mangelnde Gepflegtheit“ (Ruhne 2003: 18) genannt, auch dynamische Faktoren spielen eine Rolle wie „Tageszeit, Dunkelheit, Menschenleere, Verwahrlosung, Verschmutzung“ (Sailer 2004: 72). Unsicherheiten entstehen also aufgrund baulich räumlicher und sozial-räumlicher Faktoren als auch aufgrund devianten Verhaltens, wie pöbeln oder schreien. 31 % der Befragten in Lüneburg-Mittelfeld, 37 % in Braunschweig-Weststadt und 37 % in Emden-Barenburg haben auf die Nachfrage „Gibt es in Ihrem Stadtteil bestimmte Orte, Straßen, Wege oder Plätze, an denen Sie sich unsicher fühlen?“ Orte nennen können. In absoluten Zahlen bedeutet dies 101 genannte unsichere Orte in Lüneburg-Mittelfeld, 84 in Braunschweig-Weststadt bzw. 78 in Emden-Barenburg.

ANGSTRÄUME

Abb.14: Unsicherheit erzeugende Orte

„Gibt es in Ihrem Stadtteil bestimmte Orte, Straßen, Wege oder Plätze, an denen Sie sich unsicher fühlen?“

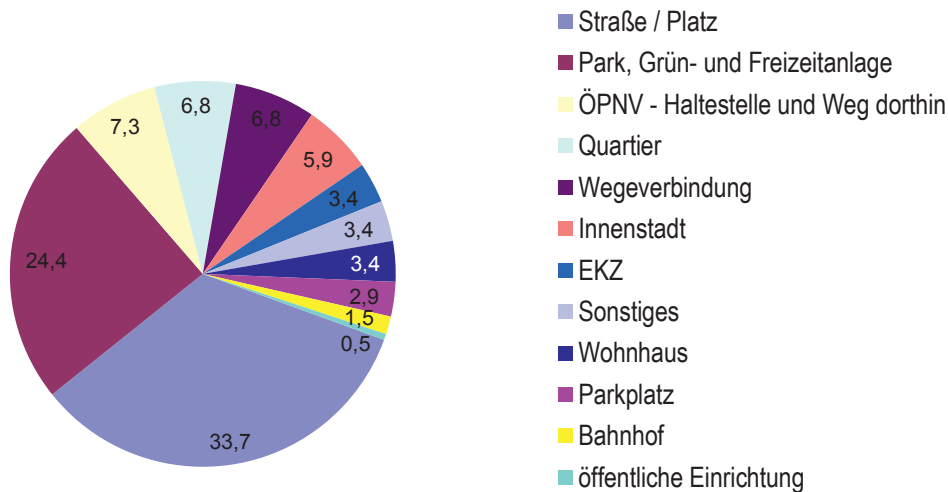


Sofern unsichere Orte genannt wurden, wurden mehrere Orte als unsicher eingetragen. In Emden-Barenburg wurden durchschnittlich 1,87 Orte benannt, in der Braunschweiger Weststadt waren es 1,73 Orte und in Lüneburg-Mittelfeld nannten die Personen im Schnitt 1,63.

Die Befragung fand ohne Kartenmaterial statt, es wurde jedoch darum gebeten, den Ort möglichst exakt zu beschreiben, damit ein Auffinden im Fallstudienort stattfinden konnte. Die Antworten erfolgten in zweierlei Hinsicht. Entweder wurden abstrakte Orte wie Park, Bushaltestelle oder Straße / Platz genannt, oder es wurden zuzuordnende Angaben wie hausnummerngenaue Straßennamen oder vor Ort bekannte Bezeichnungen der Stadtviertel gemacht⁴. Darüber hinaus wurden häufig Orte genannt, die auch außerhalb des untersuchten Stadtteils lagen.

Auch wenn es sich bei der Angabe häufig um abstrakte Orte handelt, können die Angaben hilfreich sein, um die genannten Themen bei zukünftigen Planungen stärker unter dem Sicherheitsaspekt zu entwickeln.

Abb.15: Abstrakte Orte



⁴ Da die geringen Nennungen keinen quantitativen repräsentativen Wert ergeben, werden sie hier nicht weiter dargestellt. Sie dienen vor allem der im nächsten Schritt vorgesehenen qualitativen Vertiefungsmethode der Begehungen und Beobachtungen zur Auswahl der Begehungsrouten. Diese wurde in den Fallstudienstädten gemeinsam mit der Polizei, den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und Wohnungsunternehmen durchgeführt. (siehe hierzu Broschüre „Dokumentation der Begehungen und Beobachtungen“)

Zu jedem genannten unsicheren Ort konnte aus 16 vorgegebenen Gründen ausgewählt werden, ob diese für die Verunsicherung verantwortlich sind. Über 750 Gründe wurden in jedem Untersuchungsgebiet gewählt. Bezogen auf die Zahl der genannten unsicheren Orte sind dies 8,74 Gründe pro unsicheren Ort in Braunschweig-Weststadt, 9,73 in Emden-Barenburg und 7,14 in Lüneburg-Mittelfeld.

Tab. 11: Gründe der Verunsicherung nach Häufigkeit der Nennungen an genannten Orten

Gründe der Verunsicherung	Braunschweig- Weststadt		Emden- Barenburg		Lüneburg- Mittelfeld	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Es ist dunkel und / oder unübersichtlich.	101	12,8%	90	11,9%	123	16,1%
Es halten sich Personen auf, die mich verunsichern.	109	13,9%	95	12,5%	101	13,2%
Es gibt viele Versteckmöglichkeiten.	100	12,7%	86	11,3%	114	14,9%
Ich fühle mich dort unwohl.	110	14,0%	88	11,6%	102	13,4%
Der Ort hat einen schlechten Ruf.	59	7,5%	56	7,4%	38	5,0%
Niemand fühlt sich verantwortlich.	42	5,3%	60	7,9%	51	6,7%
Ich werde von fremden Menschen angepöbelt.	46	5,8%	50	6,6%	41	5,4%
Ich kann mich nicht in Ruhe aufhalten.	47	6,0%	48	6,3%	36	4,7%
Es werden viele Straftaten begangen.	40	5,1%	45	5,9%	27	3,5%
Es werden Drogen konsumiert und / oder verkauft.	39	5,0%	26	3,4%	40	5,2%
Die bauliche Gestaltung ist in einem schlechten Zustand.	32	4,1%	39	5,1%	32	4,2%
Geschäfte und Wohnungen stehen leer.	13	1,7%	40	5,3%	10	1,3%
Ich fühle mich kontrolliert.	15	1,9%	21	2,8%	9	1,2%
Dort hält sich nie jemand auf.	18	2,3%	6	0,8%	16	2,1%
Es findet Prostitution statt.	5	0,6%	4	0,5%	7	0,9%
Sonstiges	11	1,4%	5	0,7%	17	2,2%
Gesamtnennungen	787	100,0%	759	100,0%	764	100,0%

Aus der Tabelle ist zu entnehmen, dass die Gründe der Verunsicherung in allen drei Fallstudienstädten gleichermaßen häufig genannt werden. Unsichere Orte werden als solche definiert, wenn sie dunkel und unübersichtlich sind, wodurch es zur Wahrnehmung von vielen Versteckmöglichkeiten kommt. Auch wird häufig bejaht, dass bestimmte Personen zu einer Verunsicherung führen und sich ein allgemeines Unwohlsein bei den Befragten einstellt. Ansonsten ist bemerkenswert, dass in Emden-Barenburg der Leerstand von Geschäften und Gebäuden zwar kein maßgeblicher furchtauslösender Grund ist, dieser

Grund aber etwas häufiger angegeben wird als in den beiden anderen Untersuchungsgebieten.

34,5 % der Befragten in Lüneburg-Mittelfeld kennen unsichere Orte in ihrer Stadt außerhalb ihres Stadtteils. Bemerkenswert ist ferner, dass diejenigen Personen, die außerhalb ihres Stadtteils unsichere Orte benennen können, zu großen Teilen keine unsicheren Orte in ihren Stadtteilen angeführt haben. Diese Ergebnisse decken sich mit Erfahrungen und Erkenntnissen aus anderen Untersuchungen zur Eigen- und Fremdwahrnehmungen in Stadtteilen: Daraus geht hervor, dass sich das jeweils persönliche Empfinden und die Wahrnehmung der im Stadtteil lebenden Bewohnerinnen und Bewohner in Hinblick auf die eigene Umgebung differenzierter und häufig positiver darstellt als es von außerhalb des Gebietes wahrgenommen wird (Fasselt / Zimmer-Hegemann: 276). In Braunschweig-Weststadt beträgt der entsprechende Anteil 41,3 %, in Emden-Barenburg 50,0 % und in Lüneburg-Mittelfeld gar 63,5 %. Dies bestätigt das Nachbarschaftsparadoxon (vgl. Kap.4).

Nennen Personen unsichere Orte in ihrer Nachbarschaft, so legen sie – bezogen auf alle Befragten – höheres Schutz-, vor allem aber Vermeidungsverhalten an den Tag als Personen, die keine unsicheren Orte kennen. Der p-Wert der Irrtumswahrscheinlichkeit ist für jedes Schutz- und Vermeidungsverhaltensitem kleiner als 0,01, damit sind die beobachteten Unterschiede statistisch signifikant und überzufällig. Ein Herunterbrechen auf die Untersuchungsgebiete zeigt, dass der signifikante Unterschied zwischen den beiden genannten Gruppen in jedem Falle festzustellen ist. In Lüneburg-Mittelfeld ist dies außer bei Frage nach dem „bewohnt aussehen“ der eigenen Wohnung der Fall. In der Braunschweiger Weststadt dagegen können in vier Fällen keine signifikanten Differenzen festgestellt werden: Hinsichtlich der Vermeidung des Öffentlichen Personennahverkehrs, des Mitführen großer Mengen Bargelds, dem Nicht-Verlassen der Wohnung und – wie in Lüneburg-Mittelfeld – des Versuchs, die Wohnung auch bei Abwesenheit bewohnt aussehen zu lassen.

9. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse

KRIMINALITÄTS- FURCHT

Auch wenn die Befragung in Bezug auf Altersgruppen nicht repräsentativ ist, zeigen sich doch deutliche Hinweise auf eine differenzierte Betrachtung zu Unsicherheiten im öffentlichen Raum. Wie schon in anderen Studien belegt, ist die individuelle Sicherheit geprägt durch das Alter, Geschlecht und die eigene Vulnerabilität. Das Sicherheitsgefühl in den drei Fallstudienstädten ist insgesamt hoch. Das affektiv-emotionale Furchtniveau ist aber bei den befragten Frauen höher ausgeprägt als bei den befragten Männern, obwohl diese häufiger Opfer von Kriminalität im öffentlichen Raum werden. Das Kriminalitäts-Furcht-Paradoxon zeigt sich damit auch in dieser Studie.

RAUMBEZOGENE SICHERHEIT

Das raumbezogene Sicherheitsgefühl insgesamt ist überdurchschnittlich gut. Bemerkenswert ist, dass sich die Befragten sicherer fühlen, je vertrauter ihnen die Umgebung ist. Ein verstärktes Unsicherheitsgefühl tritt dann ein, wenn die Befragten allein unterwegs sind und auf fremde Personen treffen. Ebenso ist das raumbezogene Sicherheitsgefühl in der Dunkelheit geringer als am Tage.

QUALITÄT DES WOHN- NUMFELDES

Ein wesentlicher Faktor zur Steigerung des Sicherheitsempfindens der Wohnbevölkerung ist die Qualität des Wohnumfeldes und zwar im größeren Umfang als die Intensität zu der Nachbarschaft. Das gegenseitige Kennen ist zwar von großer Bedeutung, wichtiger ist jedoch die Gestaltung des Wohnumfeldes. Dies ist ein Umstand, der die Bedeutung des Wohnumfeldes als gut gestalteter, sauberer und ansprechender Ort hervorhebt und unterstützt wird durch die Angaben zum Vermeidungsverhalten. Wenn Unsicherheiten vorhanden sind, wechseln Betroffene die Straßenseite, wenn ihnen jemand bedrohlich erscheint oder sie vermeiden die Nutzung bestimmter Straßen, Wege oder Plätze als auch den öffentlichen Personennahverkehr in der Dunkelheit. Diese Umstände können durch ganz konkrete, nutzungsorientierte Angebote durch Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen verbessert werden.

ZUSTÄNDIGKEITEN

Insgesamt wird den Akteuren Polizei, Wohnungsunternehmen, Stadtverwaltung und Feuerwehr für die Qualität des Wohnumfeldes eine klare und eindeutige Zuständigkeit zugewiesen. Der Polizei wird stets eine große Zuständigkeit zugewiesen, außer es geht um Beleuchtungs- oder verschmutzungsfragen. Sobald Grundstücke oder Hauseingänge betroffen sind, würde sich an Wohnungsunternehmen gewandt werden. Die Stadtverwaltung wird als zuständig angesehen, wenn Probleme unterhalb der Schwelle der Kriminalität im öffentlichen Raum bestehen. Uneinigkeit bei der Zurodnung der Aufgaben besteht bei Graffiti und

streunenden Tieren. Bei zugeparkten Straßen, ein Umstand, der in innerstädtischen Gebieten häufig vorkommt, wird hingegen nicht die zuständige Stadtverwaltung sondern die Polizei gerufen.

Die Identifikation mit dem Stadtteil und der Wohnnachbarschaft unterstützt das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung. Aus der Befragung ist auch deutlich geworden, dass komplexe Einflüsse zur Identifikation beitragen können. Hier wäre eine vertiefte Untersuchung mit weiteren methodischen Ansätzen notwendig, um die einzelnen Faktoren detaillierter erfassen zu können.

IDENTIFIKATION

Priorität für die Befragten zur Steigerung der Lebensqualität haben Gewaltvorbeugung an Schulen und die Zusammenarbeit mit der Polizei. Neben diesen Aspekten werden gestaltete Straßen, Wege und Plätze und die Sauberkeit gern gesehen, dabei schätzen die Befragten partizipative Prozesse und Beteiligungsverfahren. Der Einsatz privater Sicherheitsdienstleister und die Einrichtung von Streifengängen von Bürgerinnen und Bürgern werden hingegen als wenig sinnvoll eingeschätzt.

Die Befragten konnten Angsträume konkret benennen. Bestenfalls ist es ihnen möglich, Verunsicherungen anhand konkreter Straßennamen und Hausnummern festzumachen. Dies geschieht meist dann, wenn dort eine verunsichernde Situation besteht, entweder Personen oder ortsbezogen (beispielsweise „Menschen, die mich verunsichern“ oder „dunkel und unübersichtlich“). In manchen Fällen nennen sie Stadtteile, ortsbezogen bekannte Merkmale o.ä.. Zusätzlich erfolgen Angaben zu abstrakten Räumen, wie Wegeverbindungen, Plätze und Parks oder Haltestellen. Verbunden mit der inhaltlichen Ausführung können diese Angaben dienlich Hinweise für beispielsweise Neu- und Umgestaltungen sein. Bestätigt werden konnte auch das Nachbarschaftsparadoxon (Boers 1998:123), welches besagt, dass sich Individuen in ihrem direkten Wohnumfeld häufig sicherer fühlen als an unbekanntem Orten. Diese wesentlichen Ergebnisse bieten eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten, die in die weitere Bearbeitung des Projektes transit einfließen können.

LÖSUNGS- VORSCHLÄGE

Abschließend bleibt festzuhalten, dass zukünftig ergänzende Methoden notwendig sind, um eine bessere Einbindung junger Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen, um sowohl das Sicherheitsniveau als auch die Problemeinschätzungen und Lösungsvorschläge dieser genannten Gruppen zu erfassen. Diese waren in der aktuellen Untersuchung deutlich unterrepräsentiert.

ANGSTRÄUME

10. Literatur

- Bals, Nadine** (2004): Kriminalität als Stress – Bedingungen der Entstehung von Kriminalitätsfurcht. Soziale Probleme, Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle, 15. Jahrgang, Heft 1, S. 54-76.
- Behrmann, Dirk / Schröder, Anke** (2011): Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Sicher leben in Stadt und Land. Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages 16. und 17. April 2010 in München, S. 221-230
- Boers, Klaus / Kurz, Peter** (1997): Kriminalitätseinstellungen, soziale Milieus und sozialer Umbruch, in: Boers, Klaus / Gutsche, Günter / Sessar, Klaus (Hrsg.). Sozialer Umbruch und Kriminalität in Deutschland, Opladen, S. 187-253.
- Boers, Klaus** (1998): Kriminalität und Kriminalitätseinstellung im Prozess einer nachholenden gesellschaftlichen Modernisierung. In: Wolf, Gerhard: Kriminalität im Grenzgebiet. Schriftenreihe der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Berlin o.a., S. 85-126)
- Boers, Klaus** (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems. Pfaffenweiler.
- Bornwasser, Manfred / Köhn, Anne** (2012): Kriminalitätsfurcht. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Innenpolitik, <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/76648/kriminalitaetsfurcht>, letzter Zugriff: 05.08.2013.
- Bortz, Jürgen / Döring, Nicole** (2003): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, 3. Auflage, Heidelberg.
- Bundesministerium des Innern** (2006): 2. Periodischer Sicherheitsbericht, Paderborn.
- BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (2106): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligen surveys 2014, Berlin.
- Fesselt, Jan / Zimmer-Hegemann, Ralf** (2014): Ein neues Image für benachteiligte Quartier: Neighbourhood Branding als wirksamer Ansatz. In Schnur, Olaf: Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden, S. 267-292.
- Gesemann, Frank / Roth, Roland** (o.J.): Engagement im Quartier. In: Bundeszentrale für politische Bildung bpb (Hg.) www.bpb.de/apuz/203548/engagement-im-quartier?p=all#footnode1-1, letzter Zugriff am 09.08.2016
- Hempel, Leon / Töpfer, Eric** (2004): Videoüberwachung in Europa, Abschlussbericht, Arbeitspapier Nr. 15, TU Berlin.
- Hohage, Christoph** (2004): Incivilities und Kriminalitätsfurcht. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle, 15. Jahrgang, 1/2004, S. 77-95.
- Kudlacek, Dominic** (2015): Akzeptanz von Videoüberwachung: Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung technischer Sicherheitsmaßnahmen, Wiesbaden.
- LKA - Landeskriminalamt Niedersachsen** (2015): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Abschlussbericht zur ersten Befragung im Frühjahr 2013, Hanno-

ver. <http://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html>

Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona / Schratzenstaller, Margit (2007): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Müller, Nadja (2015): Kriminalitätsprävention durch Baugestaltung, Berlin.

Obergfell-Fuchs, Joachim (2000): Möglichkeiten der Privatisierung von Aufgabenfeldern der Polizei – mit Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Eine empirisch-kriminologische Analyse. BKA Forschungsreihe. Wiesbaden.

Oberwittler, Dietrich (2015): Kollektives Sozialkapital und (Un-)Sicherheit in Wohnquartieren. http://www.sifo-dialog.de/sifo-wAssets/docs/unterlagen-veranstaltungen/konferenz-2015/Session1/Oberwittler_Sifo_Berlin, letzter Zugriff am 06.11.2015.

Paier, Dietmar (2010): Quantitative Sozialforschung, Wien.

Porst, Rolf (1996): Ausschöpfung bei sozialwissenschaftlichen Umfragen – Dich Sicht der Institute, Mannheim ZUMA Arbeitsbericht 96/07.

Ramex, David M. / Shrider, Emily A. (2014): New Parochialism, Sources of Community Investment and the Control of Street Crime. In *Criminology & Public Policy*, Volume 13, Issue 2, S. 193-216

Rolfes, Manfred (2015): Kriminalität, Sicherheit und Raum – Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung: Stuttgart, S. 119.

Ruhne, Renate (2003): Raum Macht Geschlecht. Zur Soziologie eines Wirkungsgefüges am Beispiel von (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum, Opladen.

Sailer, Kerstin (2004): Raum beißt nicht! Neue Perspektiven zur Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum, Frankfurt a.M. u.a: Peter Lang.

Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die „soziale Stadt“. Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel berlin-Moabit. Wiesbaden.

Schöneck, Nadine / Mau, Steffen / Schupp, Jürgen (2011): Gefühlte Unsicherheit – Deprivationsängste und Abstiegsorgen der Bevölkerung in Deutschland. SOEP papers 428 2011, Berlin

Steffen, Wiebke (2015): Gutachten zum 19. Deutschen Präventionsstages. Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft. In Steffen, Wiebke / Marks, Eriche (Hrsg.): Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft. Ausgewählte Beiträge des 19. Deutschen Präventionsstages, Godesberg 2015, S. 53-148

Vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (2010): Engagement im Quartier und Kommunale Bürgerorientierung, Berlin.

Verbundprojekt transit, Deutsches Institut für Urbanistik (2014): Glossar, Berlin 2014. <http://www.transit-online.info/stand-der-dinge/glossar.html>, letzter Zugriff am 05.11.2015.

Zurawski, N. (2009): Videoüberwachung: Praktische Überlegungen zu einer allgegenwärtigen Technologie. In: Bisky, L.; Kriese, K.; Scheele, J. (Hg.): Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 54, Berlin, S. 396-410.

Danksagung

Ohne Unterstützung kann ein transdisziplinär angelegtes Forschungsprojekt nicht umgesetzt werden. Daher möchte sich das Projektteam des Landeskriminalamts Niedersachsen, des Deutschen Instituts für Urbanistik sowie des Forschungsinstituts F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH an dieser Stelle ausdrücklich für die vielseitige Unterstützung bei allen Beteiligten bedanken. Natürlich danken wir dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Förderung des Projektes und dem Projektträger vdi für die operative Unterstützung. Insbesondere bedanken wir uns bei den beteiligten Akteuren aus der Polizei, den Wohnungsunternehmen, den Kommunalverwaltungen sowie den kommunalen Präventionsräten aus den Fallstudienstädten Braunschweig, Emden und Lüneburg. Weiterhin bei den assoziierten Partnern dem Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen und Bremen, dem Niedersächsischen Städtetag sowie den wissenschaftlichen Partnern aus der University of Salford (Design Against Crime Solution Centre), der Magistratsdirektion der Stadt Wien (Geschäftsbereich Bauen und Technik, Stadtbaudirektion), dem Laboratorio Qualitá urbane e Securezza der Politecnico di Milano, und der Polizeiakademie Niedersachsen.

Wir danken Frau Dipl.-Ing. Sabine Rebe und Dr. Olga Siegmunt für die wissenschaftliche Unterstützung, Alissa Kniesburgs und Jürgen Gohlke sowie allen Praktikantinnen und Praktikanten des LKA für die studentische Zuarbeit und tabasco.media für die grafische Umsetzung der Ideen. Weiterhin danken wir den deutschen und europäischen Interviewpartnern und unseren Kolleginnen und Kollegen in den Institutionen.

Zitierweise

Verbundprojekt transit
Landeskriminalamt Niedersachsen
Sicherheit im Wohnumfeld – Auswertung der Befragung
zum Sicherheitsempfingen im Wohnumfeld
Hannover 2015

Herausgeber

Verbundprojekt transit
Landeskriminalamt Niedersachsen

Autorin

Anke Schröder

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11, 30169 Hannover
E-Mail: kfs@lka.polizei.niedersachsen.de
Verbundkoordinatorin: Dr. Anke Schröder

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
E-Mail: urbane-sicherheit@difu.de
Projektleiter: Dr. Holger Floeting

Unterauftragnehmer

**F+B Forschung und Beratung für Wohnen,
Immobilien und Umwelt GmbH**
Adenauerallee 28, 20097 Hamburg
E-Mail: service@f-und-b.de

www.transit-online.info